

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsge nossen.
 Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stianingl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.
 Anzeigen kosten die dreispaltige Pettzeile oder deren Raum 15 S. — Postkatalog Nr. 2509.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Große Theaterstraße Nr. 44, erste Etage.

Inhalt: „Eine Epoche in der Geschichte der Arbeit und Humanität“. — Parlamentarisches. Zum Befähigungsnachweis. Die Mängel der Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter. Die Arbeiter am Nord-Ostsee-Kanal. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Zünftlerische Reichstagswahl-Agitation. — Unfall-Statistik. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Die „Hamburiger Diktatur“ und das „Berliner Programm“. — Unfälle und Berufs-Krankheiten in den Baugewerben. — Gerichts-Chronik. — Situationsberichte. — Briefkasten.

„Eine Epoche in der Geschichte der Arbeit und Humanität“

So hat kürzlich ein englischer Kabinettsminister die große englische Gewerkschaftsbewegung genannt. Und schon vorher that einer der Führer der liberalen Partei, Sir William Harcourt, den Auspruch: „Wir sind jetzt alle Sozialisten“, womit er der Thatsache Ausdruck geben wollte, daß Anhänger aller politischen Parteien in England der Reform des bestehenden Gesellschaftszustandes in sozialistischer Richtung das Wort redeten.

Wie tief diese Bestrebungen eingebracht sind in das gesammte Denken und Fühlen des Volkes, das zeigte sich in überraschender Weise bei dem großen Hafenarbeiterausstande, der sich in London vor einigen Monaten abgespielt hat. Das ganze Publikum nahm Partei für diese gedrückten Lohnarbeiter und ließ ihnen eine moralische und materielle Unterstützung angedeihen, ohne welche sie schwerlich einen so durchgreifenden Sieg erringen haben könnten. Gleichzeitig nahmen sich Männer in hervorragenden Lebensstellungen verschiedenster Art der Sache der Arbeiter an.

Während im Deutschen Reich die Klassen-gegensätze stetig verschärft werden durch Ausnahmegesetze, welche den Arbeitern die Bewegungsfreiheit auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete verkümmern, geht auf dem freien Boden Englands der entgegengelegte Prozeß von Statten: die Klassengegensätze vermilchen sich, indem der Drang der Arbeiter nach Erringung eines menschenwürdigen Daseins mehr und mehr Verständnis und Unterstützung findet auch in den übrigen Gesellschaftsklassen, während gleichzeitig innerhalb der Arbeiterverbindungen selbst eine Ausdehnung und Annäherung sich vollzieht, die den Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft für die Zukunft eine noch größere Wucht und Wirkungskraft verleiht, als bisher.

Die „Frankfurter Zeitung“ wies kürzlich darauf hin, daß es seit der Chartisten-Bewegung in den vierziger Jahren, als zum ersten Male politische und sozialistische Bestrebungen im englischen Arbeiterlande zur Geltung zu kommen suchten, in den englischen Arbeiterklassen nicht mehr so gegährt hat, wie in den letzten Monaten. Ueberall schütteln die Arbeiter den Staub vom Knie, kriechen heraus aus den Kohlenruben, den Dachhäusern, den Gasanstalten, den Bauplätzen, den Schwitzhöhlen, wo sie in dumpfer Gleichgültigkeit oder stiller Verzweiflung für das bloße Dasein sich abgemüht haben, und verlangen mehr Zeit, um dieses Dasein zu genießen.

In einem gewissen Sinne ist das eine alte Geschichte. Es hat seit Jahrzehnten Ausstände gegeben, die mit mehr oder weniger Erfolg zu Ende geführt worden sind, nachdem sie unsägliches Leiden über Tausende und Abertausende gebracht haben und von den Kapitalisten als eine un-

gehörige Aufsehnung gegen die ewige Ordnung der Dinge verflucht worden sind. Aber in der Streikbewegung, welche jetzt in England ausgebrochen ist und die eine Stadt nach der anderen, ein Gewerbe nach dem anderen ansteckt, machen sich Symptome bemerkbar, welche darauf hindeuten, daß man es hier mit einer ganz anderen Bewegung zu thun hat, als einem bloßen Streben nach höheren Löhnen. Die Ereignisse, die im August mit dem Streik der Dockarbeiter an der Themse begannen, sind als die Anfänge einer neuen geschichtlichen Entwicklung zu betrachten, deren Tragweite sich noch gar nicht absehen läßt. Das hoffnungsvollste Zeichen in dieser neuen Bewegung ist der Geist der Gemeinsamkeit und der Verbindung, welcher sie von Anfang an durchweht hat. Um den ungelerten Dockarbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen, legten gegen 100 000 Arbeiter anderer Gewerbe ihre Werkzeuge nieder, und die Folge davon war, daß nicht nur diese verachteten Dockarbeiter ihre Lohnhöhe erhielten, sondern in etwa 200 anderen verschiedenen Gewerken die Löhne um durchschnittlich 10 pSt. stiegen und die Arbeitszeit entsprechend vermindert wurde.

Das Arbeiterproblem ist zum politischen Interesse ersten Ranges geworden. Dieses wird auch in den politischen Lagern anerkannt. Die liberale Partei hat die Lektion schneller gelernt. Der Ex-Lordmayor Whitehead, Herr Burton und Lord Brassey, welche als Schiedsrichter oder Vermittler den Streik zu Ende brachten, sind liberale Politiker, und John Burns, der Führer und Organisator des Streiks, ist der Kandidat der Liberalen für den Londoner Wahlbezirk Battersea. Aber auch unter den Konservativen dämmert die Erkenntnis von der politischen und sozialen Tragweite dieser neuen Bewegung. Lord Randolph Churchill hat sie günstig beurteilt. Der irische Sekretär Balfour hat kürzlich den Grundsatz aufgestellt, daß der Arbeiter auf sein Kapital, die Arbeitskraft, ein vertriebes Recht habe, und in der Torypresse, welche neue Ideen nur langsam in sich aufzunehmen pflegt, bricht sich die Erkenntnis ebenfalls Bahn, daß der Staat, welcher dem Arbeiter das politische Stimmrecht verliehen hat, nicht auf halbem Wege stehen bleiben kann. So wenigstens beurteilt die Dinge der „Standard“, ein Blatt, das mehr als andere konservative Parteiorgane in früheren Jahren ein klares Verständnis für sozialpolitische Fragen an den Tag gelegt hat.

Die Teilnehmer an der neuen Bewegung huldigen dem Grundsatz, daß es im Interesse aller arbeitenden Millionen liegt, einander beizustehen, um eine soziale Besserung zu erstreben. Diese neue Lehre ist von den Grundlätzen, welche die älteren Gewerbevereine (Trades-Unions) befehle, gänzlich verschieden. Jenen Unionen hat man mit Recht seit geraumer Zeit den Vorwurf gemacht, daß sie, die früher während der Periode der Verfolgungen mit Mut und Opferfreudigkeit für ihre Rechte eingestanden sind, während der darauffolgenden Periode des Wohlstandes konservativ, stationär, ja sogar reaktionär geworden sind und über der Verwaltung der angehäuften Kapitalien und der Wahrung der erworbenen Privilegien die Interessen der außerhalb der Unionen lebenden Arbeiter vernachlässigt haben. Sicher ist, daß es während zweier Generationen dem älteren Unionismus nicht gelungen ist, die unteren Schichten der Arbeiterklasse zu erreichen oder sie zur Vereinigung und zum Anschluß anzuregen. Das Bestreben der Gewerbevereine war eben, Klassen zu schaffen, ein

Gewerk vom anderen abzutrennen, Unionisten von Nicht-Unionisten zu unterscheiden, den Abgrund zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern zu vertiefen, kurz, das Zusammengehen und die Interessengemeinschaft aller Arbeiter zu zerstören. Zwischen den Gewerbevereinen und den Sozialisten wüthete deshalb seit Jahren ein erbitterter Krieg. Und die Welt erlebt, daß die Sozialisten als Sieger aus diesem Kampfe hervorgehen.

Die gegenwärtig zu Tage tretende Bewegung ist ganz eigentlich eine Verschmelzung des Trades-Unionismus und des Sozialismus. Sie hat gelernte und ungelerte Arbeiter in ihre Reihen aufgenommen; man organisiert die besser gestellten Arbeiter und diese übernehmen die Döbüt der schlechter gestellten. Der neue Unionismus hat von den Sozialisten die beherrschende Idee übernommen, daß das Ziel der industriellen Bewegung die Hebung aller Arbeiter sein müsse. Er hat von den Trades-Unionisten die regelmäßige Organisation, die praktische Methode, das taktische Verfahren zur Erreichung der gesetzten Ziele entlehnt. Die Unionen, welche in den letzten Monaten wie Pilze aus der Erde schossen, sind eigentlich Gewerbevereine, welche mit den geschäftlichen Methoden der Trades-Unions die Bestrebungen und den Enthusiasmus der Sozialisten verbinden. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß der Leiter der neuen Bewegung, das Idol der Londoner Arbeiter, John Burns, zu gleicher Zeit ein Mitglied der bedeutendsten und reichsten Trades-Union und ein Führer der Sozialdemokraten ist. Die Vereinigung der beiden Ströme ist sein Gedanke, sein Werk. Kein Sozialist hat es vor ihm fertig gebracht, daß die Löhne von 100 000 Arbeitern in wenigen Wochen erhöht wurden, und keinem Gewerbevereinler ist es je gelungen, in derselben kurzen Zeit 100 000 Mitglieder in Unionen zu organisieren.

Doch steht man erst am Anfang der Bewegung. Die Zahl der Unionisten in England beträgt noch kaum eine Million und man schätzt die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche sich anschließen könnten und sollten, auf mindestens zehn Millionen. Allerdings ist die neue Union weit einfacher, leichter und schneller zu organisieren, als die alte, und sie kann für einen bestimmten Zweck ohne Umstände in's Leben gerufen werden. Ihre Stärke und Schlagfertigkeit liegt auf der Hand. Die wöchentlichen Beiträge sind gering; das Verfahren ist nicht durch schwerfällige Verordnungen und kostspielige Versicherungen gehemmt. Es ist eher ein Streikverband, mit geringem Fonds, der sich aber für den Kampf mit dem Kapital an ähnliche Vereine anlehnt und auf deren pekuniäre Unterstützung rechnet.

Aber das wichtigste Moment zu Gunsten der neuen Unionen ist die unbestreitbare Thatsache, daß sie auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung rechnen können.

Gewiß ist, daß in der gegenwärtigen Krisis die gebildeten Stände nicht mehr, wie es noch vor 40 bis 50 Jahren der Fall war, das Gewicht ihres Einflusses auf die Waagschale des Kapitals werfen.

Die alte kommerzielle Selbstsucht, welche im laissez faire ihren Ausdruck fand, ist zwar noch nicht lóbt, doch schämt man sich ihrer und die denkenden Männer und Frauen aller Gesellschaftskreise sind zum Bewußtsein der Verantwortlichkeit gekommen, die sie dem ärmeren Bruder gegenüber haben. In den Kreisen der Kapitalisten macht sich ein höherer Ton bemerkbar. Die Thatsache allein, daß Tausende und Abertausende Arbeiter bereit sind, sich den härtesten Ent-

behrungen zu unterziehen, um dem Kameraden zu seinem Recht zu verhelfen, ist eine moralische Erziehung für die ganze Nation. Eine Bewegung, deren Wurzeln in der Opferfreudigkeit ihrer Mitglieder ruhen, muß eine große, weltbeseizende Zukunft vor sich haben.

Parlamentarisches.

* Eine Petition, betreffend das Koalitionsrecht, wie solche eine Volksversammlung zu Oberpefferwitz bei Dresden beschloffen hat, ist seitens der Herrn Georg Horn und Otto Braun beim Reichstage eingebracht. Um die Maßnahmen der Unternehmer gegenüber dem Koalitionsrecht der Arbeiter zu verhindern, fordern die Petenten, daß dem § 153 der Reichsgesetzesordnung folgende Fassung gegeben werde: „Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verursachung bestimmter oder zu bestimmen versuchter, an Verabredungen und Vereinigungen der in § 152 gedachten Art teilzunehmen oder in irgend Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel an der Teilnahme an solchen Vereinigungen oder von solchen zurückzutreten zu hindern versucht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.“

Zum Befähigungsnachweis

hat nunmehr zu allem Ueberflus auch noch der geschäftsführende Ausschuss des Innungs-Verbandes deutscher Baugewerksmeister dem Reichstage eine Petition unterbreitet. Dieselbe stützt sich auf einen Beschluß, der im September 1887 auf einer Delegiertenversammlung des Verbandes zu Hamburg gefaßt worden ist. Sie bezieht sich im Wesentlichen völlig mit der in Nr. 45 unseres Blattes mitgetheilten Petition des Verbandes der Baugewerks-Vereinigungen. Auch sie enthält die unverkürzte Forderung, daß die Mitglieder der Bauinnungen und solche Personen, welche länger als drei Jahre vom Zutritt zum Innungsgebiet zurückgedrängt, das Baugewerbe selbstständig betreiben haben, von dem Erbringen des Befähigungsnachweises befreit sein sollen. Es heißt da: „Wer länger als drei Jahre vor Erlaß dieses Gesetzes sein Gewerbe ordnungsmäßig betrieben hat, in welchem derjenige, welcher auf Grund des befähigenden Innungs-Statuts der Innung bis zum Erlaß dieses Gesetzes beigetreten ist, soll durch dasselbe nicht berührt werden. Alle anderen Gewerbetreibenden, soweit sie nicht bereits geprüfte Meister sind, haben nachträglich den Befähigungsnachweis zu führen.“

Das ist ein Wink mit dem Zaunpfahl für alle Wucherer, die selbstständig das Baugewerbe betreiben, möglichst bald der Innung beizutreten, damit sie für den Fall, daß jene Forderung Gesetz werden sollte, geschützt sind vor der Nothwendigkeit, ihre Unfähigkeit zu bekennen. Es bedeutet den Gipfelpunkt zünftlicher Unverschämtheit, in diesem Augenblicke zu sagen, das Baugewerbe dürfe nur durch Unternehmer geleitet werden, welche den Befähigungsnachweis erbracht haben, und im nächsten Augenblicke zu fordern, daß Innungsmitglieder vom Erbringen dieses Nachweises befreit sein sollen. Als ob die bloße Formalität des Beitritts zur Innung die Befähigung verbrügelt.

In der Reichstags-Sitzung vom 21. d. M. wurde übrigens wieder einmal über die Einführung des Befähigungsnachweises betreffende Anträge der konservativen und ultramontanen „Handwerkerfreunde“ verhandelt.

Dieses Thema ist schon so und so oft im Reichstage erörtert worden, daß sichtlich weder von den Anhängern noch von den Gegnern der Forderung in der Hauptfrage etwas Neues gesagt werden kann.

Der „Handwerker im Geist“, Hofrath Ad. Ermann, meinte unter der Heiterkeit des Hauses, er für seinen Theil habe die Sache „gründlich“ gemacht. Doch müsse er darum wieder auf's Neue für den Befähigungsnachweis eintreten, damit die „Ehrbarkeit und Nützlichkeit im Handwerk“ erhalten bleibe, (!!) und deshalb vor dem weiteren Ausgange bewahrt werde. In demselben Sinne sprachen die Zentrumsmitglieder Hise und Meßner, der wohlbeleibte Schornsteinfegermeister, sowie die Konservativen Morbach und Reiff. Reppow. Letzterer gab u. A. folgende großartige „Weisheiten“ zum Besten: „Wenn die Lohnfrage die Hauptfrage der Sozialdemokratie ist, so wird ein geschlossener aufstretender Handwerkerstand auch diese zum Schaden der Sozialdemokratie lösen. Das Handwerk baut überhaupt die Brücke zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Der Uebermacht des Kapitals muß es aber entgegengetreten durch seine Organisation als Stand. So wird auch Recht und Ehrbarkeit, wo sie etwa verloren gegangen ist, im Handwerk wieder hergestellt werden.“ Wir verlässen den Herrn Reiff-Reppow unferes aufrichtigen Mittels.

Alle übrigen Redner wendeten sich gegen die Anträge. Der deutschfreisinnige Abgeordnete Goldschmidt sagte u. A.: „Warten freilich müssen im öffentlichen Interesse solide sein, aber dazu brauchen wir keinen Befähigungsnachweis, sondern dazu haben wir die Baupolizei und die Bauordnungen, und hier in Berlin ist die Bauordnung von drakonischer Strenge. Bei den leider vorgekommenen Häuser-Einstürzen waren stets gepulverte Bau- und gestrichelte Maurermeister Water des betreffenden Baues. Die Prüfung hat also solche Unfälle keineswegs verhindert, und heraufstößt waren also die Unfälle nicht durch Mangel an Prüfungen, sondern durch Unvorsichtigkeit oder Fahrlässigkeit bei der Bauausführung, bezügell bei der Verwendung des Materials. Ein Hauptschaden des Handwerks ist das Fehlen der Kenntniß der Bauführung, wie sich besonders auch aus einer Enquete der bairischen Regierung über die Lage des Kleinhandwerks ergibt. Mit so nebelhaften, allgemeinen Vorschlägen werden Sie dem Handwerk nicht helfen.“

Der nationalliberale Abgeordnete Strindmann sagte u. A. aus: „Sehr oft habe Jemand zwar nur wenige theoretische Kenntnisse, aber gerade viel praktische Erfahrungen, wolle man so Einen hindern, sich selbstständig zu machen? Von großer Bedeutung sei das gerade auch im Baugewerbe, für die Frage von Wohnungsnoth. Gerade der Häuserbau durch kleine Leute mildere am allermeisten die Wohnungsnoth. Es möge ja vorkommen, daß dieselben ab und zu einen kleinen Fehler beim Bau kleiner Häuser, beim Bau besonders von Arbeiterwohnungen auf dem Lande machen, aber deshalb brauche man sie nicht „Aufsicher“ zu nennen sie hindern, sich selbstständig zu machen.“

Der Volksparteiler Kröber betonte: „Die großen Städte erreichen im Baugewerbe das angestrebte Ziel durch sehr strenge Bauvorschriften; so ist es auch in München. Dem Abgeordneten Strindmann kann ich bekräftigen, daß ein großer Theil der Arbeiterwohnungen durch Gesellen, wönnlich in den freien Stunden, durch gemeinsame Arbeit angeführt ist; in meiner Heimat, Kaiserlautern sind hunderte von Arbeitergehäusen so mit Unterstützung der Wohlhabenden oder ihrer Meister geschaffen worden. Sorgen Sie lieber für eine bessere Ausbildung der Lehrlinge, schaffen Sie Fachschulen, sorgen Sie dafür, daß die Handwerker ihr Material gut und billig beziehen können, daß ihnen Kredit dazu wird, daß sie sich einige kaufmännische Wissenschaft aneignen, daß sie rechnen lernen, wie sie auskommen können, und nicht blind in den Tag hinein arbeiten. Damit werden sie sich ein größeres Verdienst um das Handwerk erwerben, als mit dem Befähigungsnachweis. Werfen Sie den Befähigungsnachweis zu allem dem Wunder, der längst beseitigt ist, zu den Feudalrechten und Vorrechten der alten Zeit. Mit Ihren Recepten ist es nun einmal nichts, und Sie können dem Parlamente und dem Lande nur nützen, wenn Sie Ihre Anträge nicht wiederbringen.“

Der sozialdemokratische Abgeordnete Kühn, der selbst noch eine „Meisterprüfung“ als Handwerker bestanden hat, schloßerte das geradezu lächerliche und Unmaßgebliche solcher Prüfungen in drastischer Weise. Besonders Aufmerksamkeit und Heiterkeit erregte es, als der Redner mit folgenden Tatsachen aufwartete: In Berlin besteht eine Zwangs-Innung für Gastwirthe. Als Jogenantur „Dörmelmeister“ derselben wurde vom Polizeipräsident ein gewisser Herr Kell befähigt, welcher in der Pelzigstraße das nach ihm benannte Café besitzt, welches weit über Berlin als Dörmel-Wirtse, als Sammelplatz der Deminonade erster Klasse bekannt ist. Nicht nur, daß dieses Café der Fänge der Unsitlichkeit in größtem Maßstabe dient (die Hamburger Bordelle sind gar nichts dagegen) der Herr Innungsoberrmeister beutet auch seine Kellner in der unverschämtesten Weise aus; er zahlt ihnen nicht nur keinen Lohn, sondern läßt sich von den Tringelbären, die sie einnehmen, eine Abgabe entrichten. Den Befähigungsnachweis dafür hat er in bester Weise erbracht. Und dieser Mann ist polizeilich befähigter „Dörmelmeister“ einer Innung!

Die Mängel der Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter

kamen in der Sitzung vom 20. November zur Sprache. Der deutschfreisinnige Abgeordnete Baumbach fragte den Herrn Staatssekretär von Boetticher, wie es mit der schon in der vorjährigen Droverrede verheißenen Novelle zu Kranken- und Unfallversicherung stehe und ob die Berufsvereinigungen, trotz der schlechten Erfahrungen, die man mit ihnen gemacht, beibehalten werden sollten?

Der Herr Staatssekretär erwiderte darauf, in dieser Session könne die Novelle nicht mehr vorgelegt werden, dieselbe sei aber „ausgearbeitet“ und werde „nächstens“ der Bundesrath „darüber zu befinden“ haben. Die Berufsvereinigungen hätten „sich sehr gut bewährt“; die Verwaltungskosten seien „gering“, zu nennen im Vergleich zu denen der Privatgesellschaften. (?)

Der Abgeordnete Singer widersprach dieser Behauptung in eindringlicher Weise und forderte schnelle Revision des Unfallversicherungsgesetzes. Sehr wünschenswerth wäre eine getrennte Wahrung der Unfälle der Lohnarbeiter und Afforbarbeiter. Die Frage der Zulässigkeit der Afforbarbeit ist noch nicht abgeschlossen. Viele Arbeiter begehren die Afforbarbeit drastisch als Morbarbeit. Jedenfalls giebt die übermäßige Ausbeutung der Afforbarbeit die Veranlassung zu einer Schädigung der Gesundheit der Afforbarbeiter und zu einer Vernachlässigung der Vorschriften bezüglich der Versicherung der Arbeiter. Es wären Anordnungen des Reichsversicherungsamts sehr erwünscht, welche die Möglichkeit der Ermittlung gewähreten, wie viel Unglücksfälle bei Afforbarbeit, wie viel bei Stundenarbeit vorgekommen sind. Die ganze Schädlichkeit der Afforbarbeit würde dabei hervortreten. Es wäre ferner erwünscht, die Auffassung der Regierung zu hören, wie diejenigen Soldaten, die zur Zeit der Streiks von ihren Vorgesetzten zu Arbeiten kommandirt werden und dabei einen Unfall erleiden, behandelt werden. Die Berufsvereinigungen brauchen ihnen keine Entschädigung zu zahlen, und Militärrbeiter im Sinne des Gesetzes sind sie auch nicht. Für eine schnelle Revision des Krankenversicherungsgesetzes spricht auch die Thatfache, daß gegenwärtig, wo die Krankenkassen während der ersten 13 Wochen die Entschädigung zahlen sollen, oft, da das Festverfahren früher beendet ist, weder diese noch die Berufsvereinigungen eine wirkliche Verpflichtung haben und die Betroffenen in der Zwischenzeit keine Entschädigung erhalten. Weiter: tritt die Bedner eine Entscheidung des Reichsversicherungsamts, welche besagt, daß es weder dem Wortlaut noch dem Sinne des Unfallversicherungsgesetzes entspricht, daß die Unfallrente als ein Theil des Arbeitsverdienstes zu betrachten sei. Der Sinn des Gesetzes ist aber ein anderer. Jemand erliegt nach einem Unfall eine Rente von 60 Pct., konnte aber trotzdem noch in einem anderen Berufe 300-400 M. erwerben. In diesem wurde er bald darauf durch einen wiederholten Unfall getödtet, und es entstand die Frage über

die Höhe der an die Wittve und die Kinder zu zahlenden Rente. Es wurde entschieden, daß der Anspruch nur nach dem letzten Arbeitsverdienst zu berechnen sei, nicht auch nach der daneben bezogenen Rente. Dadurch bekam aber die Wittve jetzt weniger, als wenn ihr Mann bei dem ersten Unfall getödtet worden wäre. Solche Entscheidungen können nur Erbitterung hervorrufen. Zu Chemnitz sollen nach dem Fabrikinspektorenberichten Unternehmer einzelne Maschinen an Arbeiter vermietet haben, um den Kosten der Unfallversicherung zu entgehen. Der Bericht weist darauf hin, daß diese Arbeiter zur Selbstversicherung getrieben würden, die aber in dem Unfallversicherungsgesetz noch nicht vorgesehen sei. Man weiß nicht, ob man sich über den feindseligen Egoismus der Unternehmer oder über die Raueit der Arbeiter mehr wundern soll. Hier sollten doch Strafbestimmungen die Wiederkehr solcher Manipulationen verhindern. In dem Bericht eines bayerischen Fabrikinspektors findet sich ein Fall, der in dem zusammenfassenden Generalbericht nicht steht. Es wird gelegentlich einer Beschreibung über die Lohnform und Lohnfrist mitgetheilt, daß in einer Fabrik die Auszahlung der Löhne so erfolgt, daß das Geld in einer Kasse oder in Papier eingewickelt zugleich mit einer Verrechnung verabfolgt wird, in welcher den Arbeitern die durch die Kranken- und Unfallversicherung für den Arbeitgeber entstandenen Beiträge abgezogen werden. Der Fabrikinspektor scheint inehrweiligerweise die Sache für richtig zu halten, denn er hat kein Wort des Tadelns für dieses ganz gefehlvollige Verfahren. So lange Strafbestimmungen fehlen, werden sich solche Fälle wiederholen.

Die Arbeiter am Nord-Dissee-Kanal

waren in der Reichstags-Sitzung vom 20. November ebenfalls Gegenstand einer Debatte.

Zentrumsmitglied Lingen stümete die Vortrefflichkeit der für die Arbeiter getroffenen Einrichtungen und sprach seine Freude darüber aus, daß auch dem religiösen Bedürfnis der katolischen Arbeiter Rechnung getragen werde.

Der Abgeordnete Graf von Hofstein meinte ebenfalls, die Einrichtungen für die Arbeiter seien in jeder Beziehung vortreflich und habe sich ein gutes Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern herausgebildet. Nirgend sei für die Arbeiter so vorzüglich geforgt, wie bei diesem Werk.

Der Abgeordnete Singer führte demgegenüber aus: „So vortreflich sind die bisherigen Verhältnisse denn doch nicht. Es wird das Essen geklagt und über die Preise der Lebensmittel. Ueber das gute Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern freue ich mich, aber die Antwort, die Lingen von einem Oberbeamten bekommen, es würden dort lauter Sozialdemokraten beschäftigt, freue ich mich doppelt, freilich könnte in solchen Fragen der Hinweis erblüht werden, es müßten Sozialdemokraten nicht beschäftigt werden. Daß dem nicht so ist, ist vielleicht dem Einfluß des Staatssekretärs zuzuschreiben, der im vorigen Jahre mitgetheilt hat, daß er den im Betrage stehenden Ausschluß sozialistischer Arbeiter daraus entfernt habe, ein drastischer Beweis dagegen, daß die Sozialdemokraten keine fleißigen Arbeiter sind und sich nur durch Agitation gegen ihre Unternehmer aufheben lassen. Auch bei den Wahlen wird sich hoffentlich zeigen, daß dort lauter Sozialdemokraten sind, was mich besonders freut, weil der Staatssekretär dazu beitragen hat, daß dort Sozialdemokraten beschäftigt sind.“ Schließlich meint der Abg. Lingen noch, daß die Sozialdemokraten dort wenigstens noch christliche Stimmung hätten; solche seien ihm immer angenehm, denn an ihnen sei noch nicht Alles verloren. Dieser Herr Lingen sieht eben Alles nur vom Standpunkte der „Religion“, oder dem, was er dafür hält, an.

Wirthschaftlich-soziale Rundschau.

* Die verschobene internationale Konferenz für Arbeiterschutz soll nun im Frühjahr bestimmt in Bern abgehalten werden, selbst wenn einige der eingeladenen Staaten derselben fern bleiben sollten. Unabhängig von dem Erfolg oder Mißerfolg dieser Konferenz sollen die leitenden Kreise in der Bundeshauptstadt die Absicht haben, so viel als möglich die eigene schweizerische Arbeiterschutzgesetzgebung weiter auszubauen. Wie die Blätter melden, sind im Auftrag des Bundesrates bereits zwei Gutachten über die Einführung der Unfallversicherung und der Schaffung eines abgesehenen Gewerbegesetzes ausgearbeitet worden, die der demnächst zusammentretenden Bundesversammlung vorgelegt werden sollen. Damit im Zusammenhang steht wohl auch das raschere Tempo, in welchem der Arbeitersekretär Grulich jetzt an der Beschaffung des statistischen Materials für die einzuführende Unfallversicherung arbeitet. Wie er in einer beglückwünschenden Mitteilung mittheilt, hat er die statistischen Erhebungen bei den Krankenkassen nunmehr auch für das zweite Jahr, für 1887, beendet und für das dritte Untersuchungsjahr, 1888, ebenfalls schon die Vorarbeiten getroffen. In der zweiten Erhebung beteiligten sich 1183 Krankenkassen mit über 181000 Mitgliedern (gegen 1131 Krankenkassen mit 170884 Mitgliedern im ersten Erhebungsjahre 1886). Grulich möchte mit der Bearbeitung der Resultate aller drei Beobachtungsjahre im ersten Vierteljahre 1890 fertig sein.

* Eine neue Art Propaganda im sozial-revolutionären Interesse hat die Norddeutsche Allgemeine Zeitung entdeckt. Nach den neuesten Berichten der Fabrikinspektoren ist das Truchsystem, d. h. die Unfälle der Arbeiter mit Baaren, aus Deutschland so gut wie verschwunden. In allen gouvernementalen Organen wurde dieser „Erfolg der Sozialreform“ sofort mit größtem Nachdruck gerühmt. Die loeben erscheinende deutsche Kriminalstatistik aber für dasselbe Berichtsjahr liefert den Nachweis, daß 1888 nicht weniger als 113 Verurtheilungen wegen Trübs erfolgten. Es waren sogar 153 Anklagen wegen dieses Vergehens erhoben. Da Deutschland in rund 50 Fabrik-

Inspektionsbezirke geteilt ist, macht dies auf jeden Inspektionsbezirk drei Anlagen wegen Zuck. Ein Kommentar ist überflüssig. Wir haben nur auf das Bekanntwerden dieser Thatsachen gewartet, so schreibt die „Frankf. Zig.“ um wenige Worte über den Ausfall der „N. N. Zig.“ gegen die Erhebung zu sagen, welche der Abg. Weber soeben mit Hilfe der Arbeitervereine über das Ertrudeln in Deutschland veranfaßt. Wenn das Finanzorgan jetzt noch bei seiner lediglich durch Inventionen und Simulationen, nicht aber durch Thatsachen begründeten Beschuldigung verharret, daß die Beschäftigten Erhebungen „nichts als eine neue Art Propaganda im sozial-revolutionären Interesse“ sei, so darf man seine sozialpolitischen Auslassungen vor nun ab überhaupt ignorieren. Erst das gänzliche Darniederliegen der amtlichen Arbeiterstatistik in Deutschland zwingt geradezu die Arbeiter selbst, wie nun auch der „Westf. Merkur“ und der „Gewerksverein“ ganz richtig betonen, zu eigenem Vorgehen auf diesem von Seiten der Sozialreform in unverantwortlichster Weise vernachlässigten Gebiete. Der sozialdemokratische Arbeiterkongress vom Jahre 1885/86 machte Vorschläge zur gründlichen Reorganisation der amtlichen Arbeiterstatistik. Man weiß, mit welchem Hohn sie von denselben Leuten behandelt wurden, die jetzt die selbstständigen Erhebungen der Arbeiter durch erbärmliche Denunziationen herabzusetzen suchen. Solche Privatuntersuchungen werden jährlich zu Dutzenden auf deutschen Universitäten angestellt, haben die besten Bücher über unsere sozialen Zustände geliefert, und können jeden Augenblick für jeden Abgeordneten einer anderen Partei notwendig werden, der sich ernsthaft mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt. So hat in den 70er Jahren der Freiherr von der Goltz mit konservativen Gesinnungsgenossen eine Enquete über die Lage der ländlichen Arbeiter in Ostpreußen veranfaßt, um Material zur Begründung gewisser agrarischer Gesetzesvorschläge zu gewinnen, welche er mit Robertus u. A. plante. Die Wirkung solcher Enqueten ist endlich gerade für die Arbeiter eine antirevolutionäre. Durch den Zwang, konkrete zahlenmäßig belegte Angaben über ihre Beschwerden liefern zu müssen, werden sie von der in allgemeinen Phrasen sich bewegenden Agitation zur positiven Mitarbeit an praktischen Aufgaben gewöhnt. Jedes weitere Wort über die Angelegenheit erscheint überflüssig. Jediglich die traurige Verleiden maßgebender Stellen in sozialen Dingen ist wieder einmal in erschreckender Weise zu Tage getreten. Man kann gerade Angesichts der Debatten über das Sozialistengesetz nur mit Grauen daran denken, wozu mit solchem Eifer gesteuert wird, das sich unbestätigter Beobachtung und Einsicht geistlich ver-schließt.

Zünftlerische Reichstagswahl-Agitation.

Die Neuwahlen zum Reichstage sehen bevor; die Parteien treten ein in die Wahlagitation. Auch die Zünftler rühren sich. Bekanntlich haben dieselben auf ihren „Tagen“ und Kongressen beschlossen, entweder eigene Kandidaten aufzustellen oder wenigstens nur solchen Kandidaten ihre Stimmen zu geben, welche sich verpflichten, für das zünftlerische Programm einzutreten. Die Braunschweiger Zünnungen sind bereits übereingekommen, mit einem eigenen Kandidaten aufzutreten. Ebenso die Zünftler in Frankfurt a. M.; auch für Hannover, Leipzig, Dresden, Magdeburg und andere große Städte scheint dieses Vorgehen geplant zu sein. Jedenfalls wird eine ganze Reihe zünftlerischer Kandidaten auf dem Plane erscheinen.

Die „Baugewerk-Zeitung“ hat schon vor einigen Wochen die Bed- und Werbetrummel gerührt. „Wir müssen“, schrieb sie, „aus unserem Fache Abgeordnete in den Reichstag entsenden, welche energisch und fähig sind, für unsere Forderungen zu wirken. Sind es tüchtige Redner, so ist das viel nütze, aber ebenso nützlich sind thatkräftige Leute, welche sich Umgang zu verschaffen und in den Kommissionen des Reichstages zu arbeiten und aufzuklären wissen.“

„Solche Leute braucht das Baugewerbe, und an solche Kandidaten schon jetzt zu denken, ist wichtige Aufgabe der nächsten Zeit. Mögen die Bauinnungen und die Vorstände der Bauberufsgenossenschaften sich ernst mit dieser Aufgabe beschäftigen.“

Wir glauben nicht zu irren, wenn wir sagen, daß Herr Felsch diese Mahnung hauptsächlich in Rücksicht auf seine eigene werthe Person erlassen hat. Der Mann wünscht, seine „Weisheit“ auch im Reichstage an den Mann zu bringen; sein bisheriger Wirkungsfreis für die zünftlerischen Interessen als Redakteur und Vorsitzender des Verbandes der Baugewerks-Berufsgenossenschaften ist ihm zu enge.

Wir begreifen das. Belustigend wirkt es nur, wie hübsch Herr Felsch den braven Zünftlern mit dem Zaunpfahl zu winken versteht, daß sie ihn, der seine „Energie“ und „Fähigkeit“ für die zünftlerischen Forderungen zu wirken, seit Jahren in Neben und Zettungsartikeln „glänzend“ dargeboten hat, zum Führer der zünftlerischen Fraktion auszuweisen mögen. In der That bemüht sich, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, Herr Felsch lebhaft um eine Kandidatur.

Die Herren Zünftler werden sich nun zweifelsohne bemühen, in Neben und Flugblättern die „Berechtigung“ ihrer Forderungen darzuthun. Da darf man wohl neugierig darauf sein, wie sie versuchen werden, die Arbeiter für sich einzufangen, bzw. sich mit denselben abzufinden. Denn ganz gewiß reflektieren sie auch auf Arbeiter-Stimmen. Bei früheren Wahlbewegungen haben sie die „Interessen-Harmonie“ zwischen Meistern und Gesellen vorgeführt. Diese Paare aber hat ein gewaltig Loch bekommen, sie tönt nicht mehr. Haben doch die Zünftler selbst durch arbeiterfeindliche Taktik schlimmster Art dafür gesorgt, daß kein vernünftiger Arbeiter an die „Interessen-Harmonie“ mehr glaubt. Wir brauchen nur zu erinnern an ihr Bestreben, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu vernichten, an ihre permanente Beschimpfung fordernder und streikender Arbeiter, an den Terrorismus, den sie mittelst des verrückten Systems der „schwarzen Listen“ treiben.

Sollten sie bei der bevorstehenden Wahlbewegung wieder kommen mit „arbeiterfreundlichen“ Phrasen, so wird das Hohnschlächter der Arbeiter ihnen die gebührende Antwort geben. Die große Masse der nichtzünftlerischen selbstständigen Handwerker, besonders in den großen Städten, wird auch diesmal wieder da zu finden sein, wohin sie gehört, auf Seite der Arbeiterpartei. Auf diese Masse können die Zünftler ebensowenig rechnen wie auf die Arbeiter.

Deshalb ist ihr Vorgehen auch völlig aussichtslos. Es ist nur eine Mühseligkeit, nämlich: daß der eine oder der andere Zünftler unter konservativer oder ultramontaner Parteilage in den Reichstag hineingesetzt. Derartige Vertreter haben die Zünftler ja bereits in den Personen der Abgeordneten Viehl und Wegner. Die Dedung mit einer jener Parteilagen aber macht die Sache der Zünftler nicht besser. Leute, die mit dem Grundfasse rechnen: „Wenn die Regierung die zünftlerischen Forderungen bewilligt, so thun wir Alles, was sie will.“ — können nicht auf die Unterstützung politisch reifer Männer rechnen.

Unfall-Statistik.

* Bei der **Hamburgrischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft** waren bis Ende Oktober d. J. zur Anzeige gelangt 1308 Unfälle, davon 133 im Monat Oktober. An Todesfällen waren zu verzeichnen zusammen 32, davon 3 im Monat Oktober (2 in Hamburg, 1 in Schwelm). Entschädigt waren insgesammt 203 Unfälle, davon 23 im Oktober.

* Bei der **Nordhildischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft** wurden im zweiten Quartal d. J. 811 Unfälle angemeldet. Davon betrafen 32 den Tod; 159 hatten eine Erwerbsunfähigkeit über 13 Wochen, 620 eine solche unter 13 Wochen zur Folge.

* Das **Schiedsgericht für die Sektion II der Hamburgrischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft** hat folgenden beachtenswerthen Fall entschieden: Dem Maurerpolier Kröger zu Albed wieder-fuhr am 31. Dezember v. J. auf einem Bau im Betriebe des Maurermeisters Weg ein Unfall. Am 18. Mai d. J. trat an akuter Lung- und Unterleibs-tuberkulose der Tod des Verletzten ein. Die Angehörigen erhoben Rentensprüche, wurden aber von der Berufsgenossenschaft mit diesem Ansprüche abgewiesen. Dagegen erhob die Witwe Kröger die Berufungsklage. Auf Grund eines vom Physikus Dr. Fürtz zu Albed erstatteten Obergutachtens, wonach die Erkrankung eine mittelbare Folge des ihm zugefügten Unfalles war, erkannte das Schiedsgericht dahin: daß die berufsbeklagte Sektion schuldig sei: 1. der Klägerin an Beer-digungskosten M. 66 zu ersetzen; 2. an Renten vom Todes-tage des Verletzten zu gewähren: der Witwe jährlich M. 176.04, jedem der hinterbliebenen vier Kinder eine Rente von M. 132.03 jährlich und 3. der Berufungs-klägerin die Kosten des Verfahrens zu erstatten.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

* Eine **Bersammlung mit Hindernissen** hielt kürzlich der Fachverein der Maurer zu Köpenick bei Berlin ab. Zu dieser öffentlichen Bersammlung lud der Vorsitzende Gäste ein, ohne die Polizei hiervon zu benachrichtigen. Es fanden sich sehr viele Freunde ein; das Lokal war überfüllt. Bald erschien der Polizei-inspektor, führte sofort auf die Menschengruppe und forderte bähig sämtliche nicht zum Fachverein Gehörigen auf, den Saal innerhafb fünf Minuten zu verlassen. Die Betroffenen verließen hierauf unter lauten Bravo das Lokal. Nun erst eröffnete der Vorsitzende die Bersammlung und ertheilte dem Referenten das Wort, welcher in seinem Vortrag das Wort Politik gebrauchte. Der Polizeinspektor verbot dieses Wort. Doch der weitere Vortrag brachte das Wort wiederum. Zum zweiten Male verbot der Inspektor dem Referenten das Wort Politik. Der Schluß führte den Referenten nochmals auf die Politik zurück; hierauf befaß der Polizeinspektor dem Vorsitzenden, die Bersammlung zu schließen. Somit nahm die Bersammlung ihren Schluß. Die Aufforderung des Polizeinspektors war ungehörig; er war nur beauftragt, die Bersammlung aufzulösen, wenn der § 8 des Sozialisten-

gesetzes Anwendung finden konnte. Eben so wenig war er beauftragt, die Nichtmitglieder aus dem Saale zu weisen. Hoffentlich ist Beschwerde eingelegt, um der höheren Behörde Gelegenheit zu verschaffen, dem Herrn Polizei-inspektor genauere Kenntnis der Befehle dringend anzurathen. Die Redaktion.

* **Maurerbewegung in der Schweiz.** Am 8. d. Mts. fand in Zürich eine Delegirtenversammlung der Maurerfachvereine statt, in welcher die Gründung eines schweizerischen Maurerverbandes beschlossen und Zürich als Vorort gewählt wurde. Ein-stimmig wurde ferner der Beschluß gefaßt, auf die Ein-führung eines Maximalarbeitstages von 10 Stunden und eines Minimallohnens von 50 Rappen hinzu-wirken. Bis zum Frühjahr soll ein einheitlicher Maurer-lohnstarif für die ganze Schweiz geschaffen und ein Lehr-lingsregulativ aufgestellt werden.

* **Aus Prag** wird uns mitgeteilt, daß die dortige Polizeibehörde die von der Geschäftslitung der Maurer Deutschlands an einen Kollegen geschickten Exemplare eines offenen Schreibens kon-fiskirt, alsbald aber wieder freigegeben hat. Der Grund der Konfiskation ist bis jetzt unbekannt. — Weiter erfahren wir, daß die gewerkschaftliche Organisation der Maurer Böhmens von Prag aus seitens einiger tüchtiger in Deutschland gesuchter Kollegen jetzt kräftig in An-griff genommen wird. Vom 1. Dezember ab wird ein Organ für Bauhandwerker in böhmischer Sprache erscheinen. Die Bestrebungen unserer Freunde werden sich hauptsächlich auch mit gegen das Unwesen der Massenwerbung böhmischer Maurer für Deutschland richten.

* **Die Frage der Achtfundarbeit** beschäftigt die Arbeiter Amerikas lebhaft. Mehrfach haben sich bereits Konferenzen mit derselben befaßt. In Chicago hat der von der Ausschichtsbehörde der sozialistischen Arbeiterpartei einberufene Parteikongreß getagt. Es befanden sich unter den Delegirten zahlreiche auch in Deutschland bekannte Männer; da war Jens Christensen, der sozialdemokratische Reichstagskandidat 1887 für den III. Berliner Wahlkreis, die ehemaligen Reichstags-abgeordneten Meiner und Bahltsch, Paul Grotitan, ein-st. Leiter der deutschen Maurerbewegung. Der Kongreß erklärte sich mit der auf dem Pariser internationalen Kongreß gefaßten Beschluß vollständig einverstanden und empfahl den Genossen energische Betheiligung an der Achtfundbewegung. Die Redakteure der ameri-kanischen Arbeiterblätter waren in Newyork versammelt, es wurde beschlossen, eine dauernde Verbindung der Arbeiterpresse zu schaffen und von Zeit zu Zeit Konferenzen abzuhalten. Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Gompers, trat nach der Achtfundbewegung ein, er erklärte die Ansichten für den 1. Mai 1890 für gültig und bemerkte weiter, daß wenn auch nicht für alle Arbeiter Amerikas an jenem Tage achtfundstündige Arbeitszeit eingeführt werde, so würde sie doch ganz sicher von verschiedenen Gewerken eingeführt werden. Der Redner erklärte, es sei die Pflicht der Redakteure, diese Bewegung mit allen Kräften zu fördern, denn sie sei wichtiger, als alle anderen Fragen. Mehrere Delegirte jedoch hatten großen Zweifel an dem Erfolg und wiesen darauf hin, daß die Bewegung 1886 fiasco gemacht. Gompers wies jedoch diese Ansicht als falsch zurück und meinte, daß durch die 1886er Agitation die Gesamt-arbeitszeit der amerikanischen Arbeiter jährlich um wenig-stens zehn Millionen Stunden vergrößert sei.

* Ein **schrecklicher Unglücksfall** ereignete sich am Donnerstag, den 15. November, in Braunschweig auf dem dem Bauberrn Rippel gehörigen Neubau in der Wafchstraße, der unter Leitung der Meister Brann und Schünemann ausgeführt wird. Der auf diesem Bau beschäftigte Lehrling Hermann Menende, Neffe des an demselben Bau beschäftigten Parliers, stürzte im Treppen-platz vom Boden zirka 10 Meter tief hinunter und schlug mit dem Hinterkopfe derart auf die Zementstufen, daß derselbe vollständig aufspaltete und das Gehirn auf der Treppe unterbrachte. Der Verunglückte wurde per Tragkorb nach dem hiesigen Krankenhaus geschafft, wo er nach zwei Tagen seinen Verletzungen erlegen ist. Die Schuld an dem Unglücksfalle liegt dem Vernehmen nach darin, daß die Treppenpodeste mit Ausnahme des untersten weber überwölbt, noch überhaupt abgedeckt waren. Die angestellte Untersuchung wird das Nähere ergeben.

Die „Hamburger Diktatur“ und das „Berliner Programm“.

(Wird nach Bedürfnis fortgesetzt.)
Der von den Herren Fiedler, Berlin und Wille-Braunschweig kürzlich in irridueller Weise gegen die Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands vom Jams gebrochene Streit ist in ein neues Stadium getreten, wie wir aus zwei in den Nr. 270 und 272 des „Berliner Volksblatt“ enthaltener Berichten über „öffentliche Generalversammlungen“ der dortigen Maurer erfahren. Die erste dieser Versammlungen fand statt am 13. Novbr. unter Vorsitz der Herren Kerstan und Wernau mit der Tagesordnung: „Organisation und Agitation.“ Referent war Herr Fiedler. Nachdem derselbe über den Werth der Organisation im Allgemeinen gesprochen, führte er ausweislich des betreffenden Berichtes Folgendes aus:

„Er halte es nicht für ausreichend, daß allein von Hamburg aus eine, wenn auch, wie er anerkannte, noch so energische Agitation entfaltet werde, war vielmehr der Meinung, daß Berlin hierin nicht zurückstehen dürfe und daß in der Agitation nie genug gekämpft werden könne. Die Berliner Maurer hätten zur Genüge bewiesen, wozu sie fähig seien und was sie vollbringen könnten, so daß sie auch die Agitation selbstständig in die Hand nehmen könnten und erfolgreich zu betreiben im Stande seien und hierzu nicht erst der Erlaubnis von Hamburg aus bedürften.“

Der Bericht fahet dann fort: „Auch Herr Wernau stimmte der Ansicht zu, daß die miltigen Verhältnisse bezüglich der Berliner Maurer-

organisation sowie im Allgemeinen dadurch herbeigeführt worden seien, daß die Maurer Berlins sich das Best aus den Händen wunden und sich vollständig dem Hamburger System hätten unterwerfen lassen. Die Kongreßbeschlüsse hätten für den Redner, nach seiner Erklärung, an Werth verloren. Die gefassten Beschlüsse hätten dem Kongresse alle gedruckt vorgelegen, wären in Hamburg vorher ausgearbeitet und vom Kongreß einfach beigestellt worden. Auf die Berliner Verhältnisse werde in Hamburg keine Rücksicht genommen. Die hiesige Organisation stehe nicht lediglich auf dem Boden des § 152 der Gewerbeordnung, habe vielmehr auch die Sozialpolitik in ihr Programm aufgenommen. Wenn daher nur nach dem Hamburger Schema gearbeitet werde, so müsse nothgedrungen die Berliner Organisation darunter leiden. Redner hielt entschieden dafür, daß Berlin sich gegen die systematische Hamburger Diktatur energisch zu wenden habe. Wenn Berlin die Agitation beschreiten, ja unmöglich gemacht werde, so müsse nothgedrungen die Berliner Organisation geschwächt werden. Er empfahl eine Emanzipation von dem Hamburger Drude, wenn nicht eher, so auf dem nächsten Kongresse. Die einzige Stelle, von welcher in Berlin Agitation ausgehen könne, sei die Freie Vereinigung, zu deren Beitritt er aufforderte. Am 25. Novbr. d. J. soll eine Konferenz in Nothof zwischen den Vertrauensleuten Deutschlands und der Geschäftsleitung in Hamburg stattfinden und befristete Redner, dem Vertrauensmann, Herrn Fiedler, die notwendige Direktive auf den Weg zu geben, darauf verweisen, daß die gewerkschaftliche und politische Bewegung nicht voneinander zu trennen seien, ohne die ganze Bewegung zu verwässern und der gewerkschaftlichen Bewegung die Würze zu nehmen. Entschieden warnte Redner vor der von Hamburg geplanten Zentralisation.

In der zweiten, am 18. November stattgehabten Versammlung setzten die Friedensführer ihr Werk fort. Die Tagesordnung lautete diesmal: „Wie stellen sich die Maurer Berlins zu der am 25. d. Mts. in Nothof stattfindenden Konferenz der Vertrauensleute der Maurer Deutschlands?“

Der Bericht über diese zweite Versammlung besagt: Herr Kerlan führte aus, daß von Berlin selbstständig eine Agitation entfaltet werden müsse, solle die Berliner Organisation nicht gänzlich zu Grunde gehen. Herr Gröpner warnte entschieden vor Gewaltmaßregeln. Daburch würde die kaum gefestigte Einigkeit der Maurer Deutschlands wieder zersplittern. Er hat dringend, die Beschlüsse des Kongresses, zu respektieren. Herr Krieg äußerte sich dahin, daß die Kongreßbeschlüsse nicht soweit ausgebeugt werden dürften, daß die Berliner Maurerschaft unbedingt nach der Hamburger Weise zu tanzen habe, insbesondere, wenn dadurch die Allgemeinheit geschädigt werde. Er trat der Ansicht des Herrn Kerlan bei, daß, wenn die Konferenz der Vertrauensmänner den Berliner Verhältnisse nicht Rechnung tragen würde, die Berliner Maurerschaft ihre Angelegenheiten selbstständig in die Hand zu nehmen hätte. Herr Schlegel hielt die ganze Konferenz für zwecklos. Der Kongreß wäre der Platz gewesen, die Interessen der Berliner Maurer zu vertreten. Nur fünf Delegirte hätte die Berliner Maurerschaft entsendet — aus Ersparnisrücksichten. Redner rief, die Kongreßbeschlüsse unangefastet bestehen zu lassen bis zum nächsten Kongresse, dann aber mit voller Energie für die Wahrung der Interessen der Maurer Berlins einzutreten und Männer zum Kongreß zu entsenden, welche im Stande sind, die Berliner Interessen nachdrücklich zu wahren. Friebe unter den Maurern Deutschlands könne, nach der Meinung des Redners, nur erst dann herrschen, wenn nur ein Organ bestche, entweder der „Grundstein“ oder das „Vereinsblatt“. Herr Fiedler legte hierauf nochmals eingehend die ganze Situation klar und vertrat den Standpunkt, daß die Berliner Maurerschaft gegenüber der von Hamburg ausgeübten Diktatur unbedingt einen Weg finden müsse, um das Berliner Programm (neunstündige Arbeitszeit, 60 & Stundenlohn) zur Durchführung bringen zu können. Er war der Meinung, daß, wenn die Kongreßbeschlüsse noch weiter in Kraft bestehen blieben, die Berliner Maurer an eine Lohnbewegung im nächsten Frühjahr nicht denken könnten. In der weiteren Diskussion wurde die freitragende Angelegenheit weitläufig ventilirt, doch machte sich im Allgemeinen die Meinung geltend, daß die ganze Konferenz wenig oder nichts an den bestehenden Verhältnissen ändern würde, indem die Geschäftsleitung entweder die Beschlüsse der Konferenz nicht berücksichtigen würde, oder wenn dies geschehen würde, doch soviel Zeit darüber hingehen würde, daß schließlich die Zeit für den neuen Kongreß da sei. Daß Herr Fiedler die Konferenz zu besuchen habe, darüber herrschte schließlich kein Zweifel mehr und fasste die Versammlung diesbezüglich folgenden Beschluß: „Die heutige öffentliche Generalversammlung der Maurer Berlins und Umgegend beschließt, daß, wenn die Geschäftsleitung uns (den Berliner Maurern) es nicht gestattet kann, in der nächsten Umgebung von Berlin Agitation zu treiben, so müssen wir dieses dennoch thun und werden wir (die Berliner Maurer) die Folgen unserer Agitation auf dem nächsten deutschen Maurerkongreß verantworten. Alle anderen Kongreßbeschlüsse erklären wir, voll und ganz halten zu wollen.“

Wenn noch etwas gefehlt haben sollte an dem Beweise, daß die Herren Fiedler und Genossen in einer geradezu skandalös frivolon Weise eine abermalige Spaltung unter den Maurern Deutschlands provozieren wollen, nachdem es ihnen nicht gelungen ist, die Kongreßbeschlüsse und die betreffende Organisation menschlungs umzubringen, so ist dieser Beweis jetzt voll und ganz erbracht. Wie sie die Streitfrage über die Kompetenz der Vertrauensmänner konstruiren, so haben sie es nimmehr mit der ihnen eigenen „Geschäftlichkeit“, die allerdings sehr leicht als plumpe Unverschämtheit zu erkennen ist, fertig gebracht, eine Streitfrage über die Organisation und Agitation zu gebären. Die Megäre Skandalhaftigkeit ist eben ein fruchtbares Weib; sie wartet ganz nach Bedürfnis auf mit ihren Beschelsbägen.

Was zunächst die Streitfrage, betreffend die Agitation, anbelangt, so könnten wir uns damit begnügen, auf die bezüglichen Kongreßbeschlüsse zu verweisen. Doch erheben gewisse Umstände ein näheres Eingehen auf diese Frage.

Wenn von irgend einem Orte aus eine rechtliche und ehrliche Agitation im Interesse der Maurerschaft betrieben wird, so hat die Geschäftsleitung dagegen selbstverständlich nichts einzuwenden; solche Agitation kann ihr nur erwünscht sein und wird stets ihre unbedingte Anerkennung und Unterstützung finden. Anders aber liegt die Sache, wenn Leute, wie die Herren Fiedler und Genossen, Agitation treiben zu dem offen ausgesprochenen Zweck, gegen die bestehenden Organisation zu gehen und Helfershelfer zum Bruch der Kongreßbeschlüsse, zu gewinnen. Solchen Leuten kann die Geschäftsleitung nicht ihre Zustimmung zur Agitation geben. Die Herren Fiedler und Genossen sind unvertoren genug gewesen, die Geschäftsleitung anzugehen, ihre Agitation nicht nur gutzuheißen, sondern auch dieselbe mit Geldmitteln zu unterstützen. Selbstverständlich hat die Geschäftsleitung diese Zumuthung zurückgewiesen und in diesem Blatte bekannt gemacht, daß die Herren Fiedler und Genossen nicht mit ihrem Einverständnis Agitation treiben.

Es ist eine lächerliche Spiegelscheiter, wenn jetzt die Herren sich damit zu helfen suchen, daß sie behaupten: die Organisation und die Bewegung der Berliner Maurer leide unter der „Hamburger Diktatur“. Es ist der Geschäftsleitung nie eingefallen, Berlin eine auf die Stärkung der dortigen Organisation und das Gedeihen der Bewegung gerichtete Agitation, „bescheiden“ zu wollen; wogegen sie sich gewendet hat, das ist lediglich der Mißbrauch der Agitation zu den Zwecken der Friedensführer.

Wir unterziehen die Berliner Organisation und Bewegung sichtlich nicht, wenigstens wir uns sagen müssen, daß die jetzige Führerschaft, wie sie in den mitgetheilten Zeitungsberichten sich uns präsentirt, durchaus nicht fähig ist, der Bedeutung der Bewegung zu genügen. Aber Alles hat seine Grenzen, — auch die Bedeutung der Berliner Bewegung! Aus den Reden der Herren Fiedler, Bernau u. spricht eine grenzenlose Ueberhebung und Annahmung, die wohl geeignet ist, von der übrigen Maurerschaft Deutschlands mit gerechter Entrüstung zurückgewiesen zu werden. Es offenbart sich darin der Egoismus der Berliner Interessen, denen die Interessen der Maurer im übrigen Deutschland untergeordnet werden sollen. Man möchte glauben machen, daß in Berlin die Interessen der ganzen Bewegung sich konzentriren. Berlin ist die Hauptsache, alle anderen Städte sind gut genug, die Berliner Bewegung und die dortige durchaus mangelhafte und ungenügende Organisation materiell zu unterstützen, im Uebrigen aber sind sie völlig Nebensache. Weil nun die Masse der deutschen Maurerschaft nicht nach der Berliner Weise tanzen, d. h. sich nicht den Berliner Sozialinteressen unterordnen will, deshalb schimpfen die Herren Fiedler und Genossen auf die Geschäftsleitung, seien von „Diktatur“ derselben und erklären, nicht nach der „Hamburger Weise“ tanzen zu wollen. Daß aus der sogenannten „Hamburger Weise“ nur der Wille des Kongresses spricht, erregt den Skandalen kein Bedenken. Sie verlangen für Berlin extra eine Wurst geboten! Ja, sie gehen so weit, zu erklären, daß für Berlin die Kongreßbeschlüsse nicht gelten können, wenn an eine Lohnbewegung im nächsten Frühjahr gedacht werden solle, und daß man hrehen müsse mit der „Hamburger Diktatur“, wenn man das „Berliner Programm“ (neunstündige Arbeitszeit, 60 & Stundenlohn) durchsetzen wolle.

Wir wissen nicht, was wir an dieser Behauptung mehr bewundern sollen, ihre Unverschämtheit oder ihre Dummheit! Die Kongreßbeschlüsse und die Taktik der Geschäftsleitung legen dem Eintreten für die erwähnten Forderungen nichts in den Weg. Die Geschäftsleitung hat den diesjährigen Berliner Streit unterstützt und die Kollegen in anderen Städten veranlaßt, in Rücksicht auf die Berliner Bewegung, von einem Streit ihrerseits abzusehen. Aber das „Berliner Programm“ hat für die Herren Fiedler und Genossen noch eine andere Seite. Die Rehrseite der Medaille zeigt uns das Bestreben jener Herren, die allgemeinen Interessen der deutschen Maurerschaft den Berliner Lokalinteressen, wie sie sich dieselben konstruiren, unterzuordnen und dabei zugleich niedriger persönlicher Gehässigkeit Rechnung zu tragen.

Wir sind den Herren dankbar dafür, daß sie diese Seite ihres Programms jetzt in einer Weise offen dargelegt haben, die keinen Zweifel mehr darüber läßt, daß die Herren keinen Anspruch darauf haben, als ehrliche Kämpfer von der Maurerschaft Deutschlands geachtet zu werden. Die Herren machen sich des Weiteren einer Unehrlichkeit, einer größblichen Entstellung der Thatfachen schuldig, die schwer auf sie zurückfallen wird. Weshalb ist die Organisation der Berliner Maurerschaft eine mangelhafte und ungenügende? Bedingt durch die Schuld gewisser Leute, die statt des Verständnisses für Organisation und statt der Fähigkeit, zu organisiren, einen lächerlichen Egoismus offenbaren? Für Berlin sind alle Bedingungen einer starken Organisation vorhanden; es fehlt nur an Männern, welche fähig sind, diesem Bedingnisse zu genügen. Den tüchtigen Kräften wird die Arbeit verweigert und sie ziehen sich zurück, während die Schwadronen sich an's Ruder legen. Hat das etwa die „Hamburger Diktatur“ verschuldet? Sie hat noch gar keine Gelegenheit gehabt, auf die Berliner Organisation einzutreten. Und hat sie die gleich nach dem Streit erfolgte Schwächung der Organisation, die Gründung des Viktor Maurer Vereins, zu Stande gebracht? Ist es ihr zur Last zu legen, daß

die Arbeiter glauben, einer besonderen Organisation zu bedürfen und daß zwischen diesen und den übrigen Maurern anlässlich des letzten Streiks Differenzen entstanden sind?

Die Unehrlichkeit der Herren Fiedler und Genossen besteht nur darin, daß sie die von der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands nicht verschuldeten ungenügenden Beschaffenheit der Berliner Organisation und ihre eigene Unfähigkeit, etwas Besseres zu schaffen, dazu mißbrauchen, auf die von ihnen so sehr geliebte Geschäftsleitung einen Stein zu werfen und zu behaupten: Wenn man nicht breche mit der „Hamburger Diktatur“ und den Kongreßbeschlüssen, so leide die Berliner Bewegung.

Dieser erbärmliche Vorwand übersteigt denn doch alle Begriffe!

Die gefasste Resolution ist um deswillen bedeutungslos und hinfällig, weil, wie schon erwähnt, die Geschäftsleitung nur solchen Personen es verlag hat, in ihrem Auftrage, bezw. mit ihrer Zustimmung zu agitiren, die erwiesenermaßen die Agitation dazu mißbrauchen, die Organisation zu zerstören und Unfrieden zu säen. Nichts ist selbstverständlicher und richtiger, als das! Gegen eine agitatorische Thätigkeit, welche sich an die Kongreßbeschlüsse bindet und mit dem allgemeinen Interesse und der allgemeinen Organisation verkehrt, hat die Geschäftsleitung niemals etwas eingewendet und wird sie niemals etwas einwenden.

Bezüglich der Ausführungen des Herrn Bernau betreffend die Unkenntlichkeit der politischen und der „gewerkschaftlichen“ Bewegung haben wir zu bemerken, daß dieselben im günstigsten Falle als Phrasendrescherei zu beurtheilen sind. Allerdings können sie unter Umständen den Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften recht gute Dienste thun. Um seinen politischen Ansichten zu genügen und für eine gründliche Sozialpolitik einzutreten, dazu Bedarf der Arbeiter einer gewerkschaftlichen Organisation nicht. Und andererseits kann er neben seiner gewerkschaftlichen Thätigkeit und völlig getrennt von derselben seine politischen Ansichten betheiligen, ohne die gewerkschaftliche Bewegung zu „vermissen“, die ja nun leider einmal mit gewerkschaftlichen Organisationen bezw. mit beschränkenden Gesetzesauslegungen rechnen muß, wenn sie existiren will. Es giebt ja allerdings unvermögende Leute, welche die politische Phrase höher schätzen, als ein verbessertes und befreiendes Wirken auf dem Boden der Koalition. Aber mit solchen Leuten rechnet man nicht ernsthaft. Wir können auch nur mittelbig lächeln zu der Warnung des Herrn Bernau vor der von Hamburg geplanten Zentralisation. Der Herr mag sich trösten; sollte die Majorität der Maurer Deutschlands zu der Ueberzeugung kommen, daß die Zentralisation nothwendig, so wird sie geschaffen werden, trotz der „Warnung“ des Herrn Bernau. Vorläufig aber hat in Hamburg Niemand einen darauf bezüglichen Plan.

Dem Herrn Fiedler müssen wir noch sagen, daß er auf's Neue sich eines Vertrauens- und Organisationsbruchs schuldig gemacht hat, indem er veranlaßt, daß die seitens der Geschäftsleitung vorgesehene Zusammenkunft der Vertrauensleute Gegenstand öffentlicher Erörterung wurde. Herr Fiedler wird auch für diesen Unfug die gebührende Abfertigung erfahren.

Unfälle und Berufs-Krankheiten in den Baugewerben.

IV.

Was die chirurgischen Krankheiten betrifft, welche infolge von Ueberanstrengung bei den Arbeitern der Baugewerbe entstehen, so sind unter denselben wohl die sogenannten „Brüche“ die häufigsten und belanntesten. Unter einem Bruch versteht man die veränderte Lage eines Eingeweides, so daß sich dasselbe nicht mehr in seiner naturgemäßen Höhle, sondern vielmehr außerhalb derselben befindet, und dabei von der äußeren Haut bedeckt ist. Der Darm, resp. Theile, einzelne Schlingen desselben, sind die hier hauptsächlich in Betracht kommenden Eingeweide, und der Bruch erhält seinen Namen nach dem Orte, wo das Darmstück ausgetreten ist. Gehäßig dies durch den Leistenanal, so spricht man von einem Leistenbruch; gefäßig es durch den sogenannten Schenkelanal, so liegt ein Schenkelbruch — und nicht etwa, wie durch den Wortlaut irreführend, manche Leute glauben, ein Bruch des Ober- oder Unterschenfels! — vor. Unter Hohenackbruch versteht man einen Leistenbruch, der, in den hinteren Leisterringe eingetreten, sich von da in den Hohenack gelenkt hat. Nabelbrüche bei Erwachsenen kommen nur bei ursprünglich mangelhaftem Verschlusse des Nabelringes vor; dann allerdings ist oft anstrengendes Heben und Tragen als Ursache nachzuweisen. — Unter den Brüchen, welche die Arbeiter der Baugewerbe sich zuziehen, sind die Leistenbrüche weitaus die häufigsten. Die meisten derselben sind rechtsseitig. Diese Thatsache erklärt sich daraus, daß infolge der Anstrengung des rechten Armes der Rumpf nach links gebeugt wird und daß in dieser Stellung die Zusammenziehungen des Rückenmuskels die Baugewebe gegen den Leistenanal und die Schenkelklappe der rechten Seite treiben.

Unter den Muskeln des Rumpfes verdienen die Rücken- und Nadelmuskeln in erster Linie Beachtung. Sie werden beim Tragen schwerer Lasten erheblich angestrengt und weisen infolge davon nicht selten bedeutliche und schmerzhaft Reizzustände, selbst ausgebeutete Karbunkel, Schleinbeuteln, auf, wie man sie besonders häufig bei Steinträger beobachten kann. Lange fortgesetztes schweres Tragen wirkt auch auf andere Theile des Körpers, hauptsächlich auf die Fußsohle, welche den ganzen Druck auszuhalten hat, schädlich ein. Sehr nachtheilig wird oft das Tragen schwerer Lasten auf dem Kopfe; es kommt dabei vor Allem auf die Entwikkelung des Kropfes in

Betracht; auch kann leicht eine Verletzung der Hirngefäße und infolge dessen eine Hirnblutung entstehen.

Die sind Bauarbeiter der Einwirkung Kohlen säurehaltiger Gas gemenge ausgesetzt; so insbesondere Maurer, die in Gräben und Gewölben Arbeiten verrichten. Die mit Anlage neuer und mit der Reinigung von Brunnen beschäftigten Arbeiter haben einen schlimmen Feind in den Brunnengasen. Schon bei dem Graben resp. der Ausmauerung kann der Arbeiter mit Kohlen sauren Gasen in Berührung kommen. Das Gefährliche aber ist das Einsteigen in alte, lange Zeit verschlossene Brunnen. Dort haben sich kohlen saure Gas mengen, in denen Stickstoff und oft auch Schwefelwasserstoff reichlich nachzuweisen ist, entwickelt, und die Arbeiter, welche sich ohne die nötigen Vorsichtsmaßregeln in die Tiefe begeben haben, sind verloren. Die Gasvergiftungen, welche man an Brunnenarbeitern beobachtet, sind fast durchweg höchst schnell (akut) verlaufend. Das Gas bringt mit großer Behemung in die Lungen ein und bewirkt schleunige unter den bekannten Erscheinungen verlaufende Erstickung. Von chronischen Gasvergiftungen ist unter den Brunnenarbeitern nie etwas bekannt geworden; was die relative Häufigkeit der akuten anlangt, so ist dieselbe eine ziemlich bedeutende. Es giebt wenig erfahrene und lange mit der Arbeit beschäftigte Brunnenbauer, denen nicht in ihrer Praxis, sei es an ihren Mitarbeitern, sei es an sich selbst, Fälle von Vergiftung durch Brunnengas vorgekommen wären. Man kann annehmen, daß 1 pZt. alter Brunnenbauer durch Gasinhalation zu Grunde gehen.

Allen Arbeitern, die am Brunnenaubau zu thun haben, kann nicht oft und nicht eindringlich genug wiederholt werden, daß sie im Beginn und im Verlauf ihrer Arbeit die dringend gebotene Vorsicht nicht einen Augenblick außer Acht lassen mögen. Es handelt sich darum, den Kohlen saure Gehalt der Luft hinsichtlich seiner Gefährlichkeit zu konstatiren. Zu diesem Behufe läßt man an einer Schnur ein brennendes Licht in die fragliche Luft; erlischt es, so bleibe der Arbeiter fern; brennt es fort, so wage er die Arbeit und schütze sich durch um den Leib gebundene Stride. Tritt die Vergiftung ein, so vermag ärztliche Behandlung nicht viel; reichliche Zufuhr frischer Luft ist immer die Hauptfache.

Im Anschluß hieran wollen wir gleich die in Abzug stehenden, Kohlen saure sich entwickelnden Schwefelwasserstoffhaltigen Gas gemenge erwähnen. Dieselben sind zwar nicht in dem Maße gefährlich, wie die vorhin betrachteten, aber doch immerhin gefährlich genug, um volle Beachtung zu verdienen. Es giebt Beispiele von tödtlich verlaufender Vergiftung durch solche Gase. Auch hat dieselbe chronische Erkrankungen zur Folge, die oft sehr schwer zu heben sind. Es giebt Fälle, in welchen durch Kanalgas vergiftete Arbeiter, die bewußtlos in's Spital gebracht wurden, mehrere Monate zu ihrer Heilung bedurften.

Was die allgemeine Erkrankungshäufigkeit unter den Bauhandwerkern anbelangt, so ist dieselbe nach Barntropf bei Maurern geringer, als bei Zimmerleuten, indem von 1000 Maurern nur 37 in's Spital aufgenommen wurden, während von 1000 Zimmerleuten 89 eintreten mußten. Von den erkrankten Maurern litten 46 pZt. an inneren Krankheiten, von den Zimmerleuten 38 pZt. Zu demselben Resultate der größeren Erkrankungshäufigkeit bei den Zimmerleuten kommt auch der Forscher Hannover*, nach welchem von 1000 Zimmerleuten 364, von 1000 Maurern 270 krank in's Spital eintreten. Nach den Ermittlungen von Girt, Nelson und anderen Autoren ist den Maurern die größere Erkrankungshäufigkeit zu vindiciren; auf 1088 erkrankte Maurer kommen, des Ersteren Angaben zufolge, 304 erkrankte Zimmerleute, also mehr als drei Maurer auf einen Zimmermann.

Was das Vorkommen einzelner Erkrankungen anbelangt, so besteht darin eine unvertennbare Neigung, zwischen den beiden in Rede stehenden Gewerben. Besonders bezüglich der Häufigkeit der Lungenerkrankungen besteht zwischen ihnen gar kein Unterschied. Dagegen ist im Einzelnen hervorzuheben, daß Phtisis und Pneumonie bei den Zimmerleuten etwas häufiger, Bronchitis chronica etwas seltener als bei den Maurern vorkommen scheint, ohne daß man jedoch dieses Resultat als das absolute und durchgehend richtige anzunehmen braucht. Die akuten, zufälligen, auf Erkältungen z. beruhenden Krankheiten kommen bei den Maurern häufiger als bei den Zimmerleuten vor; diese liefern 29,2, jene 32,8 pZt., was keiner weiteren Erklärung bedarf. Ebenso ist das häufigere Auftreten von Rheumatismen und Neurosen bei den Maurern durchaus verständlich. Auch Krebskrankheiten und Verdauungsstörungen kommen nach Neufville bei den Maurern häufiger als bei den Zimmerleuten vor.

Nicht analog mit der Erkrankungshäufigkeit, welche nach Hannover bei den Zimmerleuten größer war, wie bei den Maurern, verhält es sich mit der Sterblichkeit. Derselbe Forscher giebt an, daß von 1000 erkrankten Maurern 110 starben, während die Zimmerleute nur 85 Todesfälle lieferten. Damit stimmen die Girt'schen Angaben, nach welchen von den erkrankten Maurern 11 pZt., von den Zimmerleuten 10,6 pZt. starben, ziemlich überein. Bezüglich der Häufigkeit der Lungenschwindsucht unter den Maurern giebt Lombard an**, daß auf 1000 jeder Art 171 betragende Tamen. Neufville*** behauptet, daß unter 100 verstorbenen Maurern ein Viertel bis zum 36, die Hälfte bis zum 43, drei Viertel bis zum 60. Lebensjahre gestorben seien, so daß also nur ein Viertel in einem höheren Alter als 60 Jahre starb.

* Hannover, „Krankheiten der Arbeiter in Kopenhagen. Monatsbl. d. deutlichen Klin. f. mediz. Studien.“ Nr. 5 ff. S. 33. 1861

** Lombard, „Der Einfluß der Beschäftigung auf die Lebensdauer.“ Paris 1835.

*** Neufville, „Beiträge zur Kenntniß des öffentlichen Gesundheitszustandes der Stadt Lübeck.“ 1882, Seite 55.

Von 100 verstorbenen Zimmerleuten waren ein Drittel bis zu 35, die Hälfte bis zu 47 1/2, drei Viertel bis zu 63 1/2 Jahren gestorben. Das mittlere Alter beim Tode war also bei den Maurern 48 1/2 Jahre, bei den Zimmerleuten 49 1/2 Jahre. Höher als Neufville giebt Mörtorf die durchschnittliche Lebensdauer an: bei Maurern 52,4, bei Zimmerleuten 55,1 Lebensjahre. — Nach alledem läßt sich eine große Neigung und Uebereinstimmung in den Mordalitäts- und Mortalitätsverhältnissen dieser beiden Gewerbe nicht verkennen.

Die Antreiber (Tücher) stimmen betrefis der Sterblichkeit und durchschnittlichen Lebensdauer im Wesentlichen mit Maurern und Zimmerleuten überein. Sie leiden unter der Staubentwidelung beim Abtragen des Kalkes der zu tünchenden Räume, sowie bei der Verletzung ihrer (heilweise giftigen) Farben.

Was die Wirkungen des Gipfes beim Bearbeiten anbelangt, so unterscheiden sich dieselben in nichts von denen des Kalkes. Lungentransheiten werden bei Gipsarbeitern seltener beobachtet, als bei den Arbeitern aller übrigen vorerwähnten Gewerbe.

Gerichts-Chronik.

* Aus Halle a. S. wird uns mitgeteilt: Bei dem kürzlich vor der III. Strafkammer des hiesigen Landgerichts verhandelten Prozeß gegen den Maurer Herrn A. Schloßfel, der, wie schon kurz mitgeteilt, mit einem freipreßigen Urtheil endete, handelte es sich um folgende Anlagen: Verleibung; schwere Körperverletzung; verurtheilte Nötigung; Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung und Verbotung mit Verletzung eines Verbotens. Dieser strafbaren Handlungen sollte der Angeklagte sich am 20. Mai d. J. auf hiesigem Bahnhofe schuldig gemacht haben, wo er als Vorstandsmitglied des Streikkomitees sich aufhielt, um nachwärts zureisende Maurer von dem Streik zu benachrichtigen und zur sofortigen Rückfahrt zu veranlassen. Die Anlage behauptet weiter Folgendes: „Auser Schloßfel seien 200 bis 300 streikende Maurer auf dem Bahnhofe gewesen, welche nach Leipzig abfahren wollten. Ehe das geschehen, seien mit dem Berliner Zuge die Maurer Hermann Landgraf und Albert Landgraf und der Steinträger Karl Krieg angekommen, um in Halle Arbeit zu nehmen. Die Drei seien sofort von etwa 100 Maurern umringt worden, und es habe sich sofort ein Wortwechsel entsponnen, wobei man den Landgraf's zugerufen habe: „Ihr Schurke, Ihr seid Maurer und arbeitet für 15 Pf.“ Hermann Landgraf sei an der Gurgel gepackt und eine Strecke mit fortgeschleppt worden; Albert Landgraf sei von einem anderen Maurer getreten und zurückgestoßen; dem Ersteren sei auch noch gedroht worden: „Hund, jetzt ist es Dein Leutes, ich lege Dich vor die Maschine.“

Alle diese strafbaren Handlungen sollte der Angeklagte begangen haben; wenigstens bezeichnete Albert Landgraf mit Krieg ihn direkt als Täter. Demgegenüber bestritten jedoch andere Zeugen, daß der Angeklagte zur Zeit des Geschehes sich gar nicht am Orte, sondern bei der Uhr am Bahnhofe befunden habe. Das Gericht nahm also an, daß die Belastungszeugen sich in der Person geirrt haben und sprach den Angeklagten frei. — Für die unschuldig erlittene Untersuchungshaft entschädigt ihn natürlich Niemand.

Situationsberichte.

Maurer.

Wandbedec. Eine Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer Wandbedeckte tagte am 22. November, Abends 8 Uhr, mit der Tagesordnung: 1. Der Arbeitsnachweis und welschen Nutzen hat derselbe für uns? 2. Die Wanderunterstützung. 3. Wie besolten wir den 1. Vorsitzenden? 4. Innere Vereinsangelegenheiten. 5. Fragekasten. Der Vorsitzende theilte zunächst mit, daß bei den Bibliothekaren „Das Koalitionsrecht der Arbeiter im Lichte der Tatfachen“ zum Preise von 25 s pro Heft zu haben sei und ersuchte die Anwesenden, diese Schrift für sich anzuschaffen und dieselbe aufmerksam zu studiren. Hierauf referirte Herr Propp über den ersten Punkt der Tagesordnung. Redner führte die Wichtigkeit des Arbeitsnachweises für die Organisation an, wenn letzterer sich in den Händen der Gezellen befände. Trotzdem Wandbedeckte so nahe bei Hamburg liege, empfehle sich doch die Gründung eines Arbeitsnachweisbureaus, um bei einer ungünstigen Konjunktur den Meisten und Unternehmern geräthet-entgegenzutreten zu können. Redner empfahl die Wahl einer Kommission von drei Mann, die diese Angelegenheit zu regeln haben. Die Herren Knieß, Efftinge, Bremer und Cavier schlossen sich diesen Ausführungen an, worauf die Herren Propp, Werner und Belle in die Kommission gewählt wurden. Zu Punkt 2 führte Herr Peemöller an, daß betrefis der Wanderunterstützung eine Regelung eintreten müsse, da viele Mitglieder abziehen, ohne sich abgemeldet zu haben und daher, als mit Schulden befrachten, veröffentlicht werden. Ein vom Redner gestellter Antrag, im „Grundstein“ bekannt zu machen, daß, wer sich nicht abgemeldet habe oder mit Schulden gestrichen sei, keine Unterstützung erhalten würde abgelehnt. Ueber die Besoldung des ersten Vorsitzenden entspann sich eine lebhaft Debatte; es wurde beschlossen, dem Vorsitzenden M. 6 und dem Schriftführer M. 2 monatlich als Gratifikation zu gewähren. Ferner wurde über die Sache des Herrn S. Lipp verhandelt, welcher in Glimshorn Arbeit genommen und sich gegen die dortige Organisation verhalten habe soll. Es wurde jedoch konstatirt, daß der Genannte in keinem Rechte sei. Im Fragekasten war die Frage enthalten: „Welcher Unterschied ist zwischen einem volkswissenschaftlichen und einem populärwissenschaftlichen Vortrag?“ Doch konnte Niemand hierüber genügende Auskunft erteilen. Nachdem dann noch einige innere Angelegenheiten erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung, die übrigens gut besucht war, um 11 1/2 Uhr.

Wilhelmsburg a. S. Am Sonntag, 17. November, fand hier eine öffentliche Versammlung der Maurer von

Wilhelmsburg und Umgegend statt mit der Tagesordnung: Gründung eines Fachvereins. Nachdem der Einberufer der Versammlung, Herr Timm, dieselbe eröffnet und in einer kurzen Ansprache die Nothwendigkeit der Gründung eines Vereins erläutert hatte, berichtete Herr Staning aus Hamburg über die Verhandlungen des diesjährigen Maurer-Kongresses unter Anführung der dort gefaßten Beschlüsse und ersuchte die Anwesenden bei Besetzung seines Vortrages, mit der Gründung des Fachvereins vorzugehen. Die alsdann ausgelegte Liste wurde von 32 Mann unterzeichnet und alsdann sechs Kollegen mit der Ausarbeitung eines Statuts beauftragt. Ferner wurden drei Korrespondenten zur Verbreitung des „Grundstein“ gewählt. Zum Schluß hielt Herr Staning noch unter allgemeinem Beifall einen begeisterten Vortrag über den Werth der Organisation.

Hofort. Am 15. November hielt der Fachverein der Maurer seine regelmäßige Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Vortrag über den Entwurf der neuen Bauverordnung. 2. Der Werth der Arbeitszeitverfälschung. 3. Die Wanderunterstützung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung berichtete Herr Berger die Licht- und Schattenseiten der neuen Bauverordnung, indem er hervorhob, daß sich endlich die maßgebende Bürgerschaft veranlaßt gefühlt hätte, einen Entwurf zu einer Bauverordnung beim Magistrat einzureichen, welche wohl mit einigen Aenderungen von letzterem angenommen werden würde, was für die Arbeiter vom hygienischen Standpunkte aus von großem Vortheil sei, da jetzt durch die gute Konjunktur im Baufache, sowie im Schiffsbau so viel Arbeitskräfte von außerhalb in die Stadt zögen, daß bei der starken Nachfrage nach Wohnungen Leute in noch nicht fertige Neubauten zögen, in denen sogar noch die Treppen fehlten und die Betretenden daher auf Leitern in ihre Wohnung gelangen müßten, was nach Einführung der Bauordnung nicht mehr vorkommen könne. Redner erläuterte auch, daß dem baulichen Publikum durch die vorgeschriebenen Bestimmungen das Bauen erschwert würde, da die Bauten längere Zeit zum Ausrotiren der Keen müßten und auch mehr auf Mastbauten gehalten werde, was zur Folge habe, daß die Mieten rasche steigen würden. Es sei nun Pflicht jedes Kollegen, sich stamm an der Organisation zu betheiligen, damit wir auch unseren Lohn im Verhältnis aufbessern könnten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erläuterte Herr B. J. wie in dem Werth der Arbeitszeitverfälschung. Redner führte an, daß es an der Zeit sei, in allen Arbeiterverbänden die Dauer der Arbeitszeit so viel wie möglich zu reduzieren, weil die Technik derartige Fortschritte mache, daß fortwährend Hunderte von Arbeitern dadurch broilos werden und das sogenannte Bagabundenium in riesigem Maße im Zunehmen begriffen sei. Die meisten der durch die Maschinen broilos gewordenen Handwerker und Arbeiter gingen alsdann zu solchen Fächern über, wo die Maschine noch nicht ihren Einzug gehalten, das habe man so recht bei uns in diesem Sommer in Anlaß der so guten Bauperiode beobachtet können, wo trotz derselben stets mehr Angebot von Arbeitskräften als Nachfrage nach solchen gewesen sei. Viele Arbeiter, hauptsächlich in den Fabriken, würden gern nicht mehr, was Familienleben sei, sie gingen Morgens früh zur Arbeit und kämen Abends spät nach Hause, wo sie dann müde und abgepannt, nicht mehr im Stande seien, an ihr Gend zu denken. Pflicht eines jeden aufgeklärten Arbeiters sei es, in den Frühstundenpausen den Kollegen den Werth der Arbeitszeitverfälschung auseinander zu setzen und dieselben dahin zu bringen, daß sie eine Arbeiterzeitung lesen, die ihre Interessen vertritt, damit die Indifferenten sich ihrer Klassenlage bewußt werden. — Zum dritten Punkt der Tagesordnung wurde nach eingehender Debatte auf Antrag des Herrn Kitzgardt beschlossen, jeden durchreisenden Kollegen, der nicht besolten kann, daß er drei Monate einem Fachverein angehört hat, aber nachweist, daß an seinem letzten Wohnorte kein ähnlicher Verein bestand, mit 75 Mark bis 50 Pfennig zu unterstützen, sowie an den Weihnachtstagen und am Neujahrstage volle Besoldung und 4 Glas Bier zu gewähren. Die Unterstützung beginnt mit dem 1. Dezember, endet mit dem 1. März und ist vom Kassirer C. Hedensloh, Leonhardtstraße Nr. 6, Abends zwischen 6 und 7 Uhr abzuholen. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Versammlung geschlossen.

Hannover. Die regelmäßige Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer von Hannover fand am 19. November im „Ballhof“ statt mit der Tagesordnung: 1. Straf- und bürgerrechtliche Sapspflicht für Verträge gegen anerkannt Regeln der Baukunst. 2. Rechtschick. 3. Vertheilung und Fragekasten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Vorsitzende, Herr Homfeld, einen Artikel der „Baugewerbetung“, worauf Herr Grote in sehr scharfen Worten unsere heutigen Verhältnisse im Baugewerbe kritisirte. Redner legte klar, daß die Unternehmer in ihrer Mehrzahl glauben, der Verantwortlichkeit für Unfälle an den von ihnen übernommenen Bauten entgehen zu sein, wenn sie einen Bauführer oder Partier anstellen. Redner führte aus, daß der Meister in erster Linie verantwortlich gemacht werde, wie z. B. vor längerer Zeit beim Bau des Siechenhauses, wo mehrere Maurer verunglückt und gleich darauf verstorben waren. Die Ursachen der meisten Unfälle führte Redner auf das Submissionswesen zurück, weil durch unsinniges Ueberbieten der Arbeiter bei zu billiger Annahme von Bauten das Defizit zu decken verurtheilt werde. An der Hand mehrerer Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes wies Redner alsdann nach, daß es nothwendig sei, sich bei vorkommenden Fällen durch einen Rechtsanwält vertreten zu lassen, da die Arbeiter in ihrer Unkenntniß meist nicht im Stande seien, ihre Sache mit Nachdruck zu vertreten. Zum Schluß legte der Redner noch allen Anwesenden an's Herz, darauf zu achten, daß in keiner Baubude die Unfallversicherungsbedingungen fehlen. Zum zweiten Punkt verlas der Domann der Rechtschickungskommission die Abrechnung, aus welcher sich ergab, daß vom 1. April bis 5. November 1889 zehn Klagen angemeldet sind. Davon wurden eine gewonnen, drei von der Kommission abgewiesen,

eine vom Anwalt wegen Verjährung abgewiesen und eine durch Einigung der freireienden Parteien erledigt, während vier Prozesse noch schweben. Der Kassenbestand betrug am 11. April M. 5.94, die Einnahme während der oben genannten Zeit M. 17.60, die Ausgabe M. 13.40, somit bleibt Kassenbestand M. 10.14. Redner äußerte ferner, daß jedes Mitglied, welches sechs Monate dem Verein angehöre und seinen Pflichten gegen denselben nachgekommen ist, Rechtsanspruch beanspruchen könne, außer für Affordarbeit. Es sei somit Jedem geboten, seine rechtmäßigen Forderungen unentgeltlich durchzuführen, was sonst bei dem schmalen Verdienste nicht möglich sei. Dieses wüßten die Meister auch sehr gut und ließen es nicht mehr so oft auf eine Klage ankommen, als früher. Zum dritten Punkt erwähnte der Vorsitzende der schlechten Verbände, indem er darauf hinwies, daß der Arbeiter nicht einmal sein bißchen Essen in Bequemlichkeit einnehmen könne. Im Sommer bei Wind und Regen, im Winter bei Schnee und Kälte, verberge Einem der Appetit zum Essen, wodurch die Arbeitskraft schwinde. Diesen Ausführungen schlossen sich noch mehrere Redner an, auch wurde der Zustand der Bedürfnisanstalten auf den Bauten scharf gerügt. Die Versammlung beschloß, als Forderung für das nächste Baujahr eine heizbare Baubude und den sanitären Verhältnissen entsprechende Bedürfnisanstalten aufzustellen. Zum vierten Punkt forderte Herr Grote auf, die Statistik abzuliefern und auch den „Grundstein“ recht fleißig zu lesen, um sich geistig auszubilden. Der Vorsitzende machte sodann darauf aufmerksam, daß unser Stiftungsfest am 17. November in schönster Ordnung verlaufen sei und wies auf das dadurch bewiesene Solidaritätsgefühl der Maurer von Hannover-Einden hin. Nach Erledigung einiger Fragen wurde dann die Versammlung geschlossen.

Odessee. Am Sonntag, den 10. November, Nachmittags 4 Uhr, fand in unserem Versammlungssaal die Hauptversammlung des Fachvereins der Maurer von Odessee und Umgebung statt mit der Tagesordnung: 1. Bericht über das verlossene Geschäftsjahr. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Wanderunterstützung. 4. Verschiedenes. Nachdem die Abrechnung vom Kassier vortragen und von den Revisoren für richtig befunden war, wurde dem Kassier die Decharge erteilt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurden die Kollegen J. Wulf als erster und A. Roden als zweiter Vorsitzender (Wiederwahl), H. Schüttler als Kassier und J. Dissen als Stellvertreter (Wiederwahl) und schließlich J. Bruhn als Schriftführer neu gewählt. Zu Revisoren wurden ebenfalls die Kollegen J. Roden und H. Woff wiedergewählt. Zum dritten Punkt, „Wanderunterstützung“, wurde beschlossen, durchreisenden Kollegen, die 6 Monate einem Verein angehört haben, vom 1. Dezember bis 1. März 40 M und solchen, die weniger als 6 Monate einem Vereine angehört haben, 20 M Reiseunterstützung zu zahlen. (Militärdienst wird berücksichtigt.) In jeder Herberge sollen die bezügliche Plakate angebracht werden. Zu Punkt vier wurde beschlossen, bei Todesfällen von Kameraden oder deren Frauen einen Kranz mit Schleife zu spenden, außerdem sind sämtliche Kameraden verpflichtet, den Sarg zu begleiten bei M. 1.50 Strafe im Nichtbeachtungsfalle. Ferner wurden die Kollegen ermahnt, ja recht bald die statistischen Erhebungen ausgefüllt einzuliefern. Vom Kollegen Dissen wurde noch gerügt, daß der „Grundstein“ so wenig gelesen werde; von 59 Mitgliedern, die der Verein zählt, glänzten auch 39 durch Abwesenheit. Ernten möchten sie Alle, säen mögen aber nur Wenige.

Hamburg. In der am Sonntag, den 24. November, abgehaltenen Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer von Hamburg hielt Herr Bülow einen geschichtlichen Vortrag über das Thema: Unsere Organisation, in welchem er zunächst die Organisationsversuche der Maurer in Hamburg seit dem Anfange der vierziger Jahre und dann das Entstehen der allgemeinen Organisation der deutschen Maurer im Jahre 1869 und deren weitere Schicksale mit besonderer Rücksicht auf die Hamburger Verhältnisse eingehend schilderte. Die hierorts durch die jetzige Organisation erreichten Vorteile lägen klar auf der Hand, es handle sich nun in Anbetracht der jetzt im Enten begriffenen Konjunkturen nicht nur darum, das Errungene festzuhalten, sondern die durch die Verhältnisse gebotenen Fortschritte zu machen, welche zunächst in einer Erhöhung des Lohnes und Verkräftung der Arbeitszeit bestehen müssen. Aufgabe der Mitglieder sei es, dafür zu sorgen, daß sie in ihrer Organisation nicht nur in materieller, sondern auch in geistiger Hinsicht gerüstet dastehen, um aus den bevorstehenden Kämpfen als Sieger hervorzugehen; vor Allem müsse in letzterer Hinsicht der „Grundstein“ als vorzüglichstes Bildungsmittel hochgehalten werden. Redner schloß mit der Ausführung eines Ausspruches des verstorbenen Bauwarts Demmer, der bei Gelegenheit des Schloßbrandes in Schmeerin den Bestürzungen anderer Sachverständigen gegenüber von einer bestimmten Mauer, die seinerzeit unter seiner Aufsicht aufgeführt worden war, behauptet hatte „sie fällt nicht“, was sich denn auch als wahr erwies. Ebenso müßten die Hamburger Maurer von der Festigkeit ihrer Organisation überzeugt sein, ihr Wahlrecht müsse auch lauten: Wir fallen nicht! In der Diskussion behauptete zunächst Herr Ahlers, daß die im „Grundstein“ enthaltenen Versammlungsberichte aus Hamburg nicht wahrheitsgemäß und sachlich seien. In der Nr. 45 heiße es z. B.: „Von einigen Mitgliedern, denen die Organisation schon lange ein Dorn im Auge ist“ usw. Solche Berichte haben dem Ansehen der Hamburger Organisation unter den deutschen Mauern, es werde in denselben Personentumultus getrieben. Herr Köpfer erweiterte die Ausführungen des Referenten besonders in Rücksicht auf die den sechziger Jahren vorhergegangene organisationslose Zeit und die Ursachen der Organisationslosigkeit und trat ebenfalls für die weitest Verbreitung des „Grundstein“ ein. Herr Obermann hielt die Ansicht des Herrn Ahlers für nicht vollkommen zutreffend, da in den Berichten nur einzelne Personen angegriffen werden, weil dieselben nicht durch Deid und Dumm mit gewissen Leuten gehen wollen, und beantragte, auf die Tagesordnung

der nächsten Versammlung zu setzen: Stellungnahme zu den Versammlungsberichten in der Presse. Herr Meyer erläuterte zunächst die inneren Gründe der Erstarrung der Hamburger Organisation, welche auf die Hochhaltung der Gemeinamkeit zurückzuführen seien, indem der bei Weitem größte Teil der Mitglieder durch geschlossenes Vorgehen im Rahmen der Gehebe den Verein großgezogen habe, müßten sich sämtliche Mitglieder diese Tätigkeit zum Vorbilde nehmen. In Betreff der Ahlerschen Ausführungen bemerkte Redner, daß eine gesunde Opposition jederzeit erwünscht sei, in letzterer Zeit sei jedoch die Opposition im Verein in persönliche Rügeleien ausgeartet. Nach dem alsdann von der Versammlung angenommenen Schluß der Debatte stellte Herr Meyer den Antrag, Mitglieder, welche bei Differenzen zwischen Meistern und Gesellen andere Mitglieder wegen Bedrohung anklagen, aus dem Vereine auszuschließen, welcher Antrag nach kurzer Debatte angenommen wurde. In einer persönlichen Bemerkung wies alsdann das für den „Grundstein“ als Berichterstatter fungierende Mitglied Ritter die Anschuldigungen des Herrn Ahlers zurück mit dem Hinweis auf die in nächster Zeit zu erwartende Berichterstattung der am 7. November gewählten Kommission, welche die Wahrheit des in der angezogenen Stelle gebrauchten Ausdrucks beweisen werde, worauf Herr Ahlers seine Behauptungen aufrecht hielt und von Herrn Waffer darin unterstützt wurde. Alsdann wurde auf Antrag der viele Punkt der Tagesordnung: Unser Lohnsatz und die Arbeit hier am Orte, zunächst behandelt. Die erste Angelegenheit wurde nach längerer Debatte als erledigt erklärt. In der zweiten Angelegenheit, welche die auf dem Bau des Unternehmers Köhler, der ebenfalls Mitglied des Vereins ist, vorgekommenen Differenzen (vgl. Bericht in Nr. 43 d. „Grundst.“) betraf, wurde über das Benehmen der beteiligten Kollegen die Mißbilligung ausgesprochen, während der trotz ergangener Einladung nicht anwesende Unternehmer nochmals zur nächsten Versammlung eingeladen werden soll. Wegen vorgezögerter Zeit mußte alsdann die Versammlung vertagt werden.

Altona. Mitgliederversammlung des Lokalvereins der Maurer Altonas am Dienstag, den 19. November, Abends 8 Uhr, im „Concertgarten“. Nachdem die Versammlung vom ersten Vorsitzenden eröffnet war, ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder, die Statistik vom letzten Quartal abzuliefern und sich rege zu beteiligen an dem Gebrauche der Bistrotfel. Der erste Punkt der Tagesordnung: „Vortrag des Herrn Brügger über Naturheilverfahren“ wurde, da der Referent noch nicht anwesend war, verschoben und zum 2. Punkt: „Unsere Wohnkassen und Affordvorschriften“ übergegangen, wozu die Herren Döhning und Gährt eingeladen waren, welche sich dadurch vergangen hatten, daß sie auf einem Bau arbeiten, wo die Arbeitsleute über 30 Steine tragen. Nach längerer Diskussion, an welcher sich außer den Genannten die Herren Wiese, Berlin, Aurin und Schönig beteiligten, wurde der von letzterem Redner gestellte Antrag angenommen, daß, wenn die Arbeitsleute am morgenden Tage wieder über die vorgeschriebene Last tragen, nicht weiter gearbeitet werden dürfe. Alsdann wurde noch von einem Mitgliede angeregt, daß auf dem Rühl'schen Bau des Abends noch immer bis 1/2 Uhr gearbeitet würde, was aber nicht erlöset werden konnte, da keiner der dort arbeitenden Kameraden anwesend war. Im Laufe der Debatte über den 3. Punkt der Tagesordnung hatte sich der Referent zum ersten Punkt eingefunden, worauf die Fortsetzung der Debatte vertagt und zum 1. Punkt übergegangen wurde. Herr Brügger hielt alsdann einen umfassenden Vortrag über das Naturheilverfahren und schloß denselben mit dem Dank für die Aufmerksamkeit seitens der Versammlung. In der hierauf vorgenommenen Fortsetzung der unterbrochenen Debatte legte Herr Beck der Versammlung mehrere Unterstützungsgehuche vor; nach eingehender Schilderung der Verhältnisse der kranken Kameraden durch mehrere Redner wurden zwei der Unterstützungsbedürftigen mit 30 Mark und einer mit 20 Mark unterstellt. Nach Regelung mehrerer innerer Vereinsangelegenheiten folgte Schluß der Versammlung 11 1/2 Uhr.

Hensburg. Am 20. November fand hier auf der Maurerherberge eine öffentliche Versammlung der Maurer Hensburgs statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Berichterstattung der Vertrauensmänner; 2. Bericht über die statistischen Erhebungen; 3. Vertrauensmännerwahl; 4. Verschiedenes. In das Bureau wurden gewählt die Herren A. Fürbörter als erster, F. Lucassen als zweiter Vorsitzender, H. Schröder als Schriftführer. Zunächst verlas der Vertrauensmann A. Schwarzlose die revidierte Abrechnung; auch erstattete derselbe Redner den Bericht über die Tätigkeit der Vertrauensmänner im abgelaufenen Geschäftsjahre, worauf der erste Vorsitzende den Vertrauensmännern die Decharge erteilte, sowie auch den Dank der Versammlung für die beweisene Tätigkeit aussprach. Ferner ermahnte letzterer die Anwesenden zu reger Betheiligung an den Sammlungen zum Generalfonds für das nächste Jahr, was von mehreren Rednern unterstützt wurde. Alsdann berichtete Herr A. Fürbörter, daß die für die statistischen Erhebungen ausgegebenen Bögen bisher sehr spärlich und mangelhaft ausgefüllt und sogar von einigen Kollegen, von denen er gewissenhafte Ausfüllung erwartet hätte, überhaupt nicht abgeliefert worden seien, was vielleicht darin seinen Grund habe, daß die Bögen zu spät im Jahre zur Verteilung gelangt seien und wohl bisher nur einzelne Kollegen über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch geführt hätten. Redner erläuterte nochmals die Bedeutung und Wichtigkeit der Statistik und ermahnte die Anwesenden, sich zum nächsten Tage rechtzeitig auf die statistischen Aufnahmen vorzubereiten. Hierauf wurde beschlossen, für das nächste Jahr anstatt fünf Vertrauensmännern deren neun zu wählen. Es wurden wiedergewählt: A. Schwarzlose, F. Schnoor, H. Tant und neu gewählt: C. Spliet, Chr. Lewsen, D. Jürgensen, A. Thomen, W. Scheld, W. Dorvubich. Hierauf wurde vom ersten Vorsitzenden die Frage aufgeworfen, auf welche Weise die Sammlungen ferner aus-

geführt werden sollen? Nach kurzer Beratung wurde beschlossen, das Martenssystem beizubehalten. Alsdann empfahl der Vorsitzende das Abmonnen auf den „Grundstein“ mit der Aufforderung, sich dieserhalb an den Verbreiter desselben, Herrn G. Schwarz, zu wenden. Diese Aufforderung war lebhaft, trotzdem mehrere Redner den Werth und die Vorzüge dieses Blattes anderen Blättern gegenüber erläutert und hervorgehoben hatten, vergeblich, da sich außer den bisherigen Abmonenten Niemand meldete. Ein anwesender Kollege äußerte, daß er nicht in der Lage sei, das Blatt bezahlen zu können, worauf ihm der Vorsitzende ein Exemplar gratis anbot, welches der Betreffende bei ihm abholen sollte. Jedoch wurde auch dieses Anerbieten abgelehnt, da die Mähe des Abholens auch noch als zu groß im Verhältnis zum Gewinne angesehen wurde. Schluß der Versammlung 9 3/4 Uhr.

Straßburg. Am Montag, den 18. November, 7 Uhr Abends, tagte hier eine Versammlung des Fachvereins der Maurer mit der Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Innungsschiedsgericht. 2. Wanderunterstützung. Nachdem die Beiträge, entrichtet und acht Mitglieder aufgenommen waren, führte Herr Müggendorf zum ersten Punkt der Tagesordnung an, was die Innung seit ihrem Bestehen schon Alles versucht habe, um die Gesellen für ihre Pläne zu gewinnen. Bis jetzt sei es jedoch, Dank der Organisation, immer gelungen, das Ansuchen der Innung zurückzuweisen. Jetzt scheine es, als ob man in einer anderen Weise das Ziel zu erreichen suche, indem der Industrie- und Handwerkerverein, der als solcher mit der Innung gar nichts zu thun habe, die Sache in die Hand nehme. Derselbe habe am 12. d. M. eine Versammlung abgehalten mit der Tagesordnung: Sind Innungsschiedsgerichte erwünscht? Zu dieser Versammlung waren auch die Arbeiter eingeladen, jedoch sei von den Arbeitern nur Herr Krapp (Zimmere) und er (Redner) in der Versammlung gewesen. Herr Krapp, Möbelhändler, der als Vorsitzender fungierte, habe behauptet, daß dem Ansuchen nach die Sozialdemokraten bei uns Boden fassen und deshalb müsse man bestrebt sein, die „sozialdemokratischen Agitatoren“ lahm zu legen. Hierzu sei vor Allem das Innungsschiedsgericht die beste Waffe. Leiber hätten die Arbeiter kein Vertrauen zu den Arbeitgebern, dies sei um so mehr zu beklagen, da gerade sie die größte Rücksicht mit den Arbeitern nehmen würden. Er rief auf dem Standpunkt, daß er dem Arbeiter, auch wenn er nicht so ganz Recht hätte, doch Recht geben würde. (P.) Herr Krapp habe zum Schluß die anwesenden Arbeiter ersucht, doch zu dieser humanen Einrichtung die Hand zu bieten und bei ihren Kollegen dahin zu wirken, daß dieselben Beisitzer zum Innungsschiedsgericht wählen, alsdann werde man sich über die anderen Fragen sehr leicht verständigen. Er (Redner) habe erklärt, daß es nicht möglich sei, dem Wunsch der Unternehmer nachzukommen. Denn eine Einrichtung, wie z. B. das Innungsschiedsgericht, habe für die Arbeiter nur Nachteile im Gefolge, weil dasselbe doch nur eine kleine Zahl derselben umfassen würde, andererseits sei der Arbeiter, der wirklich unparteiisch handeln würde, der Gefahr ausgesetzt, von den Innungsmeistern gemißregelt zu werden. Daß dies der Fall sei, würden die Herren ja aus eigener Praxis am besten wissen. Schließlich sei ein Mann wie Herr Krapp, der offen erklärt, für diesen oder jenen Theil parteiisch eintreten zu wollen, zum Vorsitzenden eines Schiedsgerichts nicht die geeignete Person. Mit Schmeicheleien sei der Arbeiter nicht zu gewinnen, überhaupt seien die Bedingungen, unter denen Beisitzer gewählt werden können, lächerlich. Mit dem vollendeten 25. Lebensjahre könne man in den Reichstag gewählt werden, wo man über das Wohl des ganzen deutschen Volkes zu berathen und zu entscheiden habe; hier müsse man 30 Jahre alt sein, um einen Streit zwischen zwei Personen schlichten zu können. Er (Redner) werde Alles aufbieten, daß die Arbeiter keine Beisitzer zum Innungsschiedsgericht wählen. Herr Müggendorf äußerte dann, er hoffe, daß er im Sinne aller Arbeiter gehandelt habe, und die Kollegen, falls die Innungen mit dieser Forderung an sie herantraten, würden, genau überlegen, was sie zu thun haben. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, dahin zu wirken, daß keine Beisitzer zum Innungsschiedsgericht gewählt werden.“ Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, wandernden Kollegen, welche einer Organisation angehört haben, eine Wanderunterstützung von M. 1 und an den Festtagen von M. 2 zu zahlen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Görlitz. Am 20. November fand unsere Vereinsversammlung im Saale „Zur deutschen Reichshalle“ statt mit der Tagesordnung: 1. Einnahme der Monatsbeiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Lohnfrage für das Jahr 1890. 3. Verschiedenes und Fragelosen. Nach Erledigung des ersten Punktes führte der Vorsitzende, Kollege Kuyke, an, daß am 30. Oktober in demselben Lokale eine öffentliche Versammlung der Maurer und Zimmerer getagt habe, in welcher die Lohnfrage für 1890 erweitert und folgende Forderung aufgestellt worden sei: 10stündige Arbeitszeit, 40 Pfennige Stundenlohn und gänzliche Beistellung der Arbeitsbücher. Die Wahl der Lohnkommission sollte jedoch unserem Verein sowie dem Lokalverbande der Zimmerer überlassen werden. In der dieser Mittheilung folgenden Debatte ging folgende Resolution ein: „Die heutige Versammlung wolle beschließen, die zu wählende Lohnkommission möge mit den vereinigten Meistern Folgendes zu vereinbaren suchen: 1. Einen Stundenlohn von 40 Pfennigen. 2. Eine Arbeitszeit von 10 Stunden. 3. Gänzliche Beistellung der Arbeitsbücher. 4. Beistellung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit. 5. Bei dringend nothwendiger Ueberstunden oder Sonntagsarbeit, wo Gefahr im Verzuge liegt, wie bisher 10 M Zuschlag pro Stunde. 6. Den Punkten 4 und 5 sind auch die im Afford beschäftigten Gesellen unterworfen. 7. Auf jeder Baustelle für eine trockene Baubude, welche vor Wind und Wetter schützt, Sorge tragen zu wollen. 8. Bei Beschwerden über Un-

regelmäßigkeiten auf der Baustelle oder sonst irgendwie im Bauhof vorkommende Uebelstände soll es einem Mitgliede der Lokalkommission freistehen, den Sachbestand zu untersuchen, die etwaigen Uebelstände dieselben zu beseitigen und andere Beschwerden nach Möglichkeit in Güte zu regeln suchen. Sämtliche Punkte wurden einstimmig angenommen. In die Lokalkommission wurden die Kollegen Steinert, Zacksch und Schäfer gewählt. Zum 8. Punkt der Tagesordnung berichtete Kollege Kuppke, daß das Stiftungsfest einen Ueberflus von M. 86.45 erzielt habe, von welchem die Vergnügungskommission M. 15 dem Verein überweist. Die übrigen M. 21.45 werden der am 22. Dezember stattfindenden Weihnachtsgesamtheit überwiesen. Weiter als Geschenk erhaltene M. 26 werden als Vergnügungsfonds angelegt. Sodann wurde beschlossen, für den Verein ein Exemplar der Gewerbeordnung sowie ein Vereinsgehebuch anzuschaffen. Ferner beschloß die Versammlung, das Fehlen der Monatsbeiträge für Januar, Februar und März anzufordern. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen zu regerem Abonnement auf den „Grundstein“, sowie zum Ankauf der Broschüre „Das Koalitionsrecht der Arbeiter im Lichte der Thatsachen“. Abdann erfolgte Schluß der Versammlung.

Lübeck. Die am 20. November abgehaltene Versammlung des Fachvereins der Maurer von Lübeck tagte unter dem Vorsitz des Herrn Kell mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission betreffs der Mitgliedslisten für das Jahr 1890. 2. Wie wird jetzt die Arbeitszeit eingehalten? 3. Verschwiegenes. 4. Fragekasten. Ueber den ersten Theil der Tagesordnung berichtete Herr K a h n s, daß die Kommission sich dahin einig geworden sei, die bisherige Form der Karten beizubehalten mit der Aenderung, daß das Wort „eingetretene“ wegfällt und dafür „gültig für das Jahr 1890“ gesetzt wird, weil zur Bestimmung der Eintrittszeit der Mitglieder die alten Bücher fehlen. Nach lebhafter Debatte stellte Herr M i l l e r den Antrag, daß es doch besser sei, eine doppelte Karte zum Zusammenklappen zu wählen, damit der Arbeitszeittarif in derselben enthalten sein könne. Dieser Antrag wurde durch Beschluß der Versammlung angenommen. Herr H a r t w i g fügte hinzu, daß es mit dem Druck des Arbeitszeittarifs noch gar keine Eile hätte, weil wir noch gar nicht wissen, ob die Meister denselben annehmen. Auch sei zu empfehlen, in Betreff des vorher besprochenen Uebelstandes eine Uebergangsperiode anzunehmen, damit diejenigen Mitglieder, welche von hier abziehen müssen, sich über die Zeit des Eintritts in den Verein ausweisen können. Auch dieser Antrag wurde angenommen. Im zweiten Theil forderte Herr K a h n s diejenigen Kollegen, welche den Arbeitszeittarif nicht inne gehalten haben, zur Einhaltung desselben auf. Redner betonte, daß es sehr unrecht gehandelt sei, wenn man sich selbst Gesetze mache und nachher sie unbeachtet lasse. Wenn das so bleibe, dann brauchen wir gar keine Organisation, dann wäre es besser, es arbeite Jeder nach seinem Gefallen. Nach kurzer Debatte, in welcher sämtliche Redner diesen Ausführungen zustimmten, wurde ein Brief vom Vorsitzenden vorgelesen, in welchem ein Mitglied die Versammlung um ein Darlehn von M. 40 anging, weil dasselbe in diesem Sommer mehrere Krankeits- und Sterbefälle gehabt hat, und auch den alten Vater, welcher sich im Krankenhause befindet, unterstützen müsse, wozu es nicht im Stande sei, mit dem Vorreden, im nächsten Frühjahr die Summe ratenweise zurück zu bezahlen. Dieses Gesuch wurde genehmigt. Im Fragekasten befanden sich drei Fragen, von denen zwei erledigt und eine zurückgelegt wurde. Schluß der Versammlung 10 1/2 Uhr.

Neumünster. Für die am 7. November stattgehabte Versammlung des Gewerbevereins der Maurer von Neumünster war folgende Tagesordnung aufgestellt: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Entgegennahme der Mitgliedsbeiträge. 2. Monatliche Abrechnung. 3. Ablieferung der statistischen Fragebogen. 4. Berichterstattung der Lokalkommission. 5. Festsetzung der jährlichen Hauptversammlung. 6. Wanderunterstützung. 7. Verschwiegenes. Beim ersten Punkt ließen sich 7 neue Mitglieder aufnehmen, welche vom Vorsitzenden im Namen des Vereins bewillkommnet wurden, wobei der Redner die Hoffnung aussprach, daß der Verein nicht bloß an Zahl, sondern auch innerlich an Geist erstarken möge. Jedes neu einretrende Mitglied müsse den guten Willen mitbringen, zur Bedung des Vereins nach Kräften beizutragen. Abdann verlas der Kassirer die revidirte Monatsabrechnung, worauf demselben die Decharge erteilt wurde. Zum dritten Punkt waren nur wenige Fragebogen eingegangen, was der Vorsitzende schatz kritisierte und die nächste Versammlung als letzten Termin zur Ablieferung derselben festsetzte. Hierauf theilte die Lokalkommission mit, daß jeder Meister brieflich von unserer Forderung benachrichtigt sei; die Lokalkommission habe nun ein Schreiben des Obermeisters der Zinnung, Herrn Zimmermeister Rohmeyer, erhalten, in welchem derselbe mittheilt, daß die Maurermeister allein nach dem Statut nicht verhandeln könnten und daß sich die Lokalkommission an die Zinnung, bezw. an den Obermeister zu wenden habe, welcher dann das Weitere veranlassen würde. Zum fünften Punkt stellte der Vorsitzende den Antrag, am Donnerstag, den 5. Dezember, die diesjährige Hauptversammlung abzuhalten, was auch beschlossen wurde. Ferner wurde beschlossen, die Wanderunterstützung, so wie im vorigen Jahr in Höhe von 75 M vom 1. Dezember bis 1. April zu verabreichen, jedoch nicht baar, sondern durch Verabreichung einer Karte, für welche der Fernbergwirth Abbeisen, Nachquartier und Frühstück verabreicht, und den Rest dann baar ausbezahlt. Zur Ausgabe der Karten wurde Kollege M. D h g e, A l t o n a e r t r a ß e Nr. 41, gewählt. Weihnachten und Neujahr wird das Doppelte, also M. 1.50, verabreicht. Die Wanderunterstützung wird nur an solche Kollegen geleistet, welche nachweisen können, daß sie im Sommer wenigstens vier Monate einem ähnlichen Verein angehört haben und ihren Pflichten gegen denselben nachgekommen sind, ausgenommen Junggesellen, welche erst im Herbst Geselle wurden, oder solche, die im Herbst vom Militair entlassen wurden. Zu „Verschwiegenes“

berichtete der Vorsitzende, daß wieder Meldungen eingegangen seien von hiesigen Logiswirthen, daß Maurer, ohne Kostgeld oder sonstige Schulden bezahlt zu haben, heimlich abgereist seien. Die Versammlung beschloß, dieselben im „Grundstein“ bekannt zu geben mit der Bitte an die deutschen Kollegen, im Betretungsfalle den Geschädigten zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die Namen der sauberen Bögel sind F r i z und A u g u s t K a u t e n b e r g (30. Markt Schulden); ferner K a r l F a r t w i g und G i r i c h S c h i t t und die beiden Dänen L a r s e n und T o m s e n (je 8 Mark Schulden). Die beiden Letzteren sollen nach Kiel gereist sein. Nachdem dann noch mehrere Fragen beantwortet waren, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen. — In der am 21. November abgehaltenen Mitglieder-Versammlung hatten wir folgende Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Die Fehlung der geistigen Interessen der Mitglieder. 3. Verschwiegenes. Vier Mann wurden aufgenommen. Ueber den zweiten Punkt referirte der Vorsitzende, worauf sich mehrere Kollegen an der Debatte theilnahmen. Zu „Verschwiegenes“ verlas zuerst der Vorsitzende mehrere Artikel aus der „Baugewerkezeitung“, worauf der Fragesteller geleest wurde. Es kam zuerst eine Anschuldigung gegen den Maurer L. aus Segeberg, welcher bei M. als Parlier angestellt ist, zur Besprechung, welcher vier dänische Arbeiter ausgehört haben soll, einen Gesellen zu verhauen, er, der Parlier, stände für sie ein. Da diese Behauptung nicht genügend festgestellt werden konnte, wurden drei Mann zur Untersuchung der Angelegenheit gewählt. Dann wurde angefragt, wie und wann das Stiftungsfest gefeiert werden solle. Es wurde ein Ball in Vorschlag gebracht und demgemäß beschlossen, zu welchem Zweck ein siebenlediges Festkomitee gewählt wurde, welchem das Weitere anheimgestellt bleibt. Das Fest wird wahrscheinlich am Freitag, den 6. Dezember, stattfinden. Dann wurde noch Auskunft verlangt über einen Maurer S c h w a r z, welcher jetzt hier in Arbeit stehen und früher in Kiel gearbeitet haben soll, jedoch konnte Keiner der Anwesenden Auskunft erteilen. Nachdem der Vorsitzende dann noch das Fachorgan „Der Grundstein“ empfohlen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Bremen. Am 20. November fand die regelmäßige Fachvereinsversammlung der Maurer von Bremen und Umgegend statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Beratung über Abhaltung eines Weihnachtssfestes. 3. Wahl der Revisoren und des Ordnungskomitees. 4. Verschwiegenes. Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde nach längerer Diskussion bis zur nächsten Versammlung verschoben, da es noch zweifelhaft war, ob der uns am vorigen Weihnachtssfest zugewiesene Saal zum ersten Feste zur Verfügung stehen wird. Zum dritten Punkt der Tagesordnung wurden zu Revisoren gewählt die Herren: G e n d r i c h, W a d e n h o p und W a c e r. In's Ordnungskomitee wurden die Herren H a n t e, W i s e n s c h u t t, S p e d m a n n, A p e l e s, B i e r e und R o s e gewählt. Im vierten Punkt wurde durch Herrn N i e n d o r f die Errichtung eines Arbeitsnachweis-Bureaus in Anregung gebracht, worauf sich die Kommission bereit erklärte, diese Angelegenheit jetzt in die Hand zu nehmen. Herr W o i d a forderte ferner alle diejenigen Mitglieder, welche die Statistik noch nicht abgeliefert haben, auf, dieselbe auszufüllen an ihn abzugeben. Ferner machte Herr S c h i t t n e r noch bekannt, daß die Abrechnung vom vorigen Geschäftsjahre jetzt gedruckt beim Kassirer in Empfang genommen werden könne. Schließlich wurde auf Antrag des Herrn K i b i c h beschlossen, die Redaktion des „Grundstein“ zu erlöchen, in jeder Nummer vor Bezug nach Bremen zu warnen, da Bremen immer mehr von Maurern überschwemmt werde. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

Stettin. Am Dienstag, den 19. November, hielt die freie Vereinigung der Stettiner Maurer und Fachgenossen ihre Versammlung im Botale des Herrn R a s h mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vorstandswahl. 2. Quartals-Abrechnung. 3. Fragekasten. 4. Verschwiegenes. Bevor der Vorsitzende zur Tagesordnung überging, erstattete Kollege P o c k e l w a l d im Namen der Wittve des verstorbenen Kollegen T e n e n s j i für die erhaltene Unterstützung den Dank ab. Dann wurden in den Vorstand die Kollegen K a r l F r e y als erster, F r a n z L e i b n e r als zweiter Vorsitzender, H e r m a n n P o c k e l w a l d als Schriftführer, O t t o K o b s c h a l l als Stellvertreter, besetzt und schließlich zu Revisoren G. G r o y und D. G l ü c k n e r gewählt. Die Wahl des Kassirers mußte bis zur nächsten Versammlung vertagt werden, da die früheren Revisoren die Kasse im letzten Quartale nicht revidirt hatten, mithin die Abrechnung nicht vorgelegt werden konnte. Da sich im Fragekasten nichts befand, war auch der dritte Punkt erledigt. Zu „Verschwiegenes“ lag ein Unterstützungsgesuch für den Kollegen: O t t o B r i e s e m a n n vor, welcher seit 31. Wochen krank darniederliegt. Das Gesuch wurde von mehreren Rednern warm beantwortet, worauf die Versammlung M. 30 zu diesem Zwecke bewilligte. Abdann wurde von verschiedenen Mitgliedern angeführt, daß einige Unternehmer anfangen, den Lohn zu bezugieren, und darauf hingewiesen, daß bei der jetzigen guten Konjunktur derartigen Vorgehen der Unternehmer entschieden entgegengetreten werden müsse. Ein vom Kollegen W e s t p h a l gestellter Antrag auf Errichtung eines Lehrkursus wurde nach längerer Debatte zur nächsten Versammlung vertagt, worauf nach Erledigung mehrerer innerer Angelegenheiten um 11 1/2 Uhr Schluß der Versammlung erfolgte.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 19. November fand hier im Saale „Zur Kontordia“ eine öffentliche Versammlung der Maurer von Frankfurt und Umgegend statt mit folgender Tagesordnung: 1. Die Lohnfrage für das Jahr 1890. 2. Die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1889. 3. Verschwiegenes. Um 7 1/2 Uhr eröffnete der Einberufer, Kollege W a s s e r, die Versammlung, worauf in das Bureau die Kollegen S c h e i b e l, M a t b a c h, B i n d e r und R o s s gewählt wurden. Zum ersten Punkt

der Tagesordnung warf der Vorsitzende sodann einen Blick auf die Verhältnisse von 1888 bis 89, während welcher Zeit er Mitglied der Lokalkommission war und allen Verhandlungen mit den Meistern beiwohnte. Redner erwähnte, daß im vergangenem Frühjahr viele Kollegen die Lokalkommission angefordert hätten, mit einem Streik vorzugehen, man hätte jedoch eingesehen, daß ein solches Unternehmen undurchführbar sei, außerdem sei die gestellte Forderung auch meistens bewilligt worden. Kollege S c h m i t t tabelte die Launheit der Frankfurter Maurer in Betreff des Versammlungsbesuches, welchen Ausführungen sich mehrere Redner anschloßen, worauf folgender Antrag von der Versammlung angenommen wurde: „Die heutige öffentliche Versammlung beschließt, daß vom 1. April 1890 ein Minimallohn von 50 M pro Stunde ausbezahlt werden und folgende Gegenstände, wie Speisefußel und Steinhauergeräth dem Meister zu stellen sein sollen. Ferner wurde noch beschlossen, daß die Lokalkommission so bald als möglich den Meistern und Bauunternehmern diesen Beschluß schriftlich mittheilen soll. Der zweite Punkt wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt, da der für denselben bestimmte Referent nicht anwesend war. Zum dritten Punkt wurden hauptsächlich die Schäden der Affordarbeit geschildert; an der Debatte theilnahmte sich eifrig eine größere Anzahl von Rednern, worauf um 9 1/2 Uhr Schluß der Versammlung erfolgte. — In einem vom Vorstande des Fachvereins der Maurer von Frankfurt a. M. an die in der Stadt sowie in der Umgegend derselben beschäftigten Kollegen gerichteten Flugblatte werden dieselben zum Eintritt in den Verein aufgefordert, um gemeinsam die Affordarbeit zu bekämpfen und die Durchführung der 10stündigen Arbeitszeit sowie eines angemessenen Normallohnes zu erstreben. Das Flugblatt schließt mit den Worten:

„Darum auf, Ihr Maurer Frankfurt und Umgegend, schließt Euch dem Fachverein, welcher nur Euer Bestes erstrebt, an, damit wir im nächsten Frühjahr einig und gerüstet dastehen, um das uns gesteckte große Ziel erreichen zu können.“

Einigkeit macht stark!
Anmeldungen zum Eintritt in den Verein werden entgegengenommen: in Frankfurt a. M. im Vereinslokal, Restauration Radt, Papagogaße 1, jeden Abend von 7 bis 9 Uhr, in Bittel bei der Bahnhalle: Herr F a p p e l, in Langen bei der Bahnhalle: Herr F. B r e h m, in Spremlingen bei der Bahnhalle: Herr S t r o h, in Dreieichenhain bei der Bahnhalle: Herr G r a s e r, in Haulsenhamm bei der Bahnhalle: Herr H o l z a m m e r, in Erzbauhen bei der Bahnhalle: Herr J. W a n n e m a c h e r, in Dibenbach bei der Bahnhalle: Herr F. W e s t r.

Bauhandwerker.

Nordstemmen. Am Sonntag, den 3. November, Nachmittags 3 1/2 Uhr, hielt der Bauhandwerkerverein von Nordstemmen und Umgegend eine Mitglieder-Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Fehlung der Monatsbeiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag. 3. Verschwiegenes. Nach Erledigung des ersten Punktes hielt Kollege L e n n i n g s aus Hannover einen Vortrag über den Werth des Menschen. Redner legte zuerst die Gegensätze zwischen der wohlhabenden und der arbeitenden Klasse klar; die wohlhabende Klasse könne mittelst ihres Reichthums ihren Kindern schon von der Geburt an eine gute körperliche und geistige Erziehung zu Theil werden lassen, wodurch späterhin ihre Existenz gesichert sei. Die ärmere Klasse dagegen sei nicht im Stande, ihren Kindern dieses Alles angedeihen zu lassen, sondern letztere müßten schon von Kindheit an mit arbeiten, sogar während der Schuljahre in den freien Stunden. Sobald diese Kinder dann aus der Schule entlassen seien, würden sie als Lehrlinge oder jugendliche Arbeiter in den Werkstätten, Fabriken oder in der Landwirthschaft von den Meistern bezw. Kapitalisten im vollsten Maße ausgebeutet dadurch, daß sie in meist ungedungen Räumen von Morgens früh bis in die Nacht hinein für einen geringen Lohn arbeiten müßten, wodurch sie in ihrer körperlichen wie geistigen Entwicklung gehemmt werden und ihr späterer Werth verringert werde. Redner besprach dann die Lage der Arbeiter im Allgemeinen. Die Arbeiter bekämen trotz der oft so schweren Arbeit einen geringen Lohn, so daß sie zur Ueberlebensarbeit gezwungen seien, und Frau und Kinder mit zur Arbeit schicken müßten, um nur das Uebernothwendigste zum Lebensunterhalte anschaffen zu können. Die Bauhandwerker seien auch stets der schlechten Witterung ausgesetzt, und deshalb sei es notwendig, daß eine heizbare Hude auf jedem Bau vorhanden wäre, damit man wenigstens in den Erholungsstunden vor dem schlechten Wetter geschützt sei. In vielen Orten und Städten seien aber noch keine Bahnhöfe vorhanden, und wo solche schon vorhanden, seien sie lange noch nicht den sanitären Verhältnissen entsprechend. Wie bei den Arbeitern, welche in Fabriken und Werkstätten beschäftigt sind, durch die ungesunde Luft so viel Krankheiten entständen, so käme dieses bei den im Freien beschäftigten Arbeitern von den Einflüssen der schlechten Witterung. Daß aber überhaupt so viele Krankheiten unter dem arbeitenden Volke vorkämen, daran sei hauptsächlich die schlechte Nahrung und Wohnung sowie die lange Arbeitszeit schuld. Während der Reiche Alles, was sein Herz begehrt, in Hülle und Fülle hätte, müßte der Arbeiter dieses Alles entbehren. Nur durch Einigkeit wären die Arbeiter im Stande, ihre Lage zu verbessern. Die jetzigen gewerkschaftlichen Organisationen hätten freilich schon Wichtiges geleistet, trotzdem sei der Differenzienismus unter den Arbeitern noch sehr groß. Redner ermahnte dann die Anwesenden, fest zur Vereinigung zu halten und sich durch nichts von dem Gebrauche des Koalitionsrechtes abbringen zu lassen. Im „Verschwiegenes“ stellte Kollege S e i t m a n n e r den Antrag, in Nordstemmen eine örtliche Verwaltungsstelle der Central-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gießer und Stukkateure Deutschlands, „Grundstein zur Einigkeit“ zu errichten. Der Referent erläuterte bei dieser Gelegenheit den Zweck und Nutzen der Centralstellen den Ortsklassen gegenüber. Sämtliche Anwesenden erklärten sich alsdann mit dem Antrage einverstanden, wobei

einige ältere Kollegen ihr Bedauern darüber ausdrücken, daß sie das Alter zur Aufnahme bereits überschritten hätten.

Langendreer. Am Sonntag, den 10. November, tagte hier im Leidenbeder'schen Saale eine Hauptversammlung der Mitglieder des Fachvereins der Bauhandwerker von Langendreer und Umgegend mit der Tagesordnung: 1. Jahresabrechnung. 2. Verschiedenes.

Großenhain. Am 10. November fand hier eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung in Ehrig's Saal statt mit der Tagesordnung: Der hiesige Schulhausbau, die Wasserleitung und die Stadtverordnetenwahl.

Mitteleuropa. Endlich ist es gelungen, hier eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung abzuhalten, nachdem die Behörden geraume Zeit hindurch eine solche zu verhindern bemüht hatten.

Dresden. Eine öffentliche Versammlung aller im Bauhandwerk beschäftigten Arbeiter fand Sonntag, den 17. November, Vormittags 11 Uhr, im „Trianon“ statt mit der Tagesordnung: 1. Berichterstattung der am 19. September gewählten Kommission. 2. Debatte.

Die Dresdner Arbeiter fehlte jedoch das Solidaritätsgefühl, deshalb sei das Organisieren gerade hier am schwierigsten. Kollege Rolle erklärte sich gegen eine solche Vereinigung, indem ein solcher Versuch verfrüht sei.

Briefkasten.

Stettin. Anonymus. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß wir anonymer Zusendungen nicht berücksichtigen können.

Mensburg. S. Der in Ihrem Berichte angeführte Beschluß in Betreff des „wasserfesten Behälters“ war unverständlich, wir mußten denselben daher fortlassen.

Stettin. R. Bitte die Briefe früher zur Post zu geben, sowie das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben; es ist sonst die Aufnahme der Berichte in der laufenden Nummer in den meisten Fällen unmöglich.

Altona. R. K. Parallellstraße. Ihren so höchstlichen Brief haben Sie an unrichtige Adresse gerichtet.

Köpenick. Vorstand des Maurerfachvereins. Die Handlungsweise des Unternehmers verdient die Bezeichnung schief. Da aber dem „wahren“ Manne das Bemühen, dem betreffenden Gesellen die Arbeit an anderer Stelle unmöglich zu machen, nicht geglättet ist, so läßt sich füglich die Hilfe des Gerichts gegen ihn nicht in Anspruch nehmen.

Anzeigen.

Zur Beachtung.

Nachstehend veröffentlichen wir die Namen der Verbreiter des „Grundstein“ aus denjenigen Orten, von welchen trotz mehrfacher Mahnungen und Uebermittlung eines Postauftrages die restierenden Abonnementsbeiträge bisher nicht eingegangen sind.

Table with 3 columns: Quart, Name, Amount. Lists subscribers from Wiesfeld, Emden, Gameln, Rimbach, Döbenburg, Verden, etc.

Wir machen hier besonders darauf aufmerksam, daß diejenigen Verbreiter, welche nur für das dritte Quartal restieren, nicht mit aufgeführt sind, eruchen dieselben aber, umgehend ihren Verpflichtungen nachzukommen, wenn sie die Verantwortlichkeit vermeiden wollen.

Hamburg, den 26. November 1889.

Die Expedition des „Grundstein“.

Für Berlin. Als Verbreiter des „Grundstein“ in Berlin fungieren die Herren: Karl Weigelt, Fichtestraße 33, 4. Etg. August Selterhoff, Arndtstraße 31, vorn 3. Etg.

Geheimde-Behe.

Die Wanderunterstützung wird ausbezahlt vom 15. November bis 15. März in den Posenigen von 7 bis 8 Uhr Abends, am Sonn- und Festtage von 11 bis 12 Uhr Vormittags bei dem Kollegen August Bauer, Schillerstraße 23 in Geheimde.

Für Bremen.

Die Kollegen Busch und Brinmann aus Bremen, werden hiermit eruchtet, sich betrefsend die Reglementierung des Alfordüberzuges von dem, Ede des Steinmann und der Lindenstraße belegenden, Neubau an Herrn Gastwirt Knegendorff, Poststraße 9, zu wenden.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gips- und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

(Eingetr. Kassen-Nr. 7. Sitz: Altona.)

In der Woche vom 17. bis 23. November sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Altona M. 400, Rixdorf 200, Königsberg i. Pr. 100, Harburg a. Elbe 400, München 100, Magdeburg 100, Summa M. 1300.

Zuschüsse erhielten: Die örtliche Verwaltung in Badrina M. 50, Todtenhäusen 50, Eppelheim 75, Frankenthal 100, Summa M. 275.

Altona, den 24. November 1889.

R. Reiff, Hauptkassier, Friedrichsaderstraße Nr. 32, Haus 7.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gips- und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

(Eingetr. Kassen-Nr. 7. Sitz: Altona.)

Kassenrechnung für das dritte Quartal 1889.

Einnahme.

Table with 2 columns: Description, Amount. Lists Baarer Kassenbestand, Beiträge in der 1. Klasse, Extrazusteuern, etc.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description, Amount. Lists für ärztliche Behandlung, Krankengelder, a) an Mitglieder, b) an Angehörige, etc.

Summe der Einnahmen M. 124647.42

Summe der Ausgaben M. 100417.42

Baarer Kassenbestand am 30. September M. 24346.06

Vermögens-Ausweis.

Der Baarbestand am 30. September ist:

Table with 2 columns: Description, Amount. Lists a) in d. brl. Verwaltungskf. M. 17579.59, b) in der Hauptkasse M. 6766.47.

In Hypothek und Sparkassen-Einlagen M. 24346.06

Hiernach beträgt das Gesamtvermögen M. 218864.02

Nach d. 2. Quartalsabschluss betrug dasselbe M. 176495.77

Ergibt ein Mehr am Schluß d. 3. Quart. v. M. 42368.25

Zahl der Mitglieder am Schluß des 3. Quart. 20738

Carl Reiff, Hauptkassier.

Revidirt, mit den Büchern und Belegen übereinstimmend befunden vom Ausschuss:

W. Witow, F. Wilbrandt.

Abonnements-Quittung.

Für das dritte Quartal 1889:

Mensburg, S. (Reiff) M. 45; Harburg, E., 98; Lohstedt, R., 140; Duisburg, R., (2. Rate) 11.

Für das vierte Quartal 1889:

Quedlinburg, S., M. 14.40; Köpenick, S., 1; Alten, B., (2. Rate) 90; Mensburg, S., 20.70; Al.-Döblich, S., 70; Bernierode, R., 20.70; Wilhelmshagen, R., 70; Lübs, R., 7.80; Rendsburg, R., (2. Rate) 4; Lohstedt, R., 140; Witten i. S., 9; Leipzig, W., (2. Rate) 200; Gießstadt, R., 6.

Für das erste Quartal 1890:

Lohstedt, R., M. 140. J. Statingt.

Berlag von J. Statingt, Hamburg.

Druck von J. F. W. Dieß, Hamburg.